

Leinigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 31. März 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 13

Fluch der Lehrlingszüchtereier

Unsere Bemühungen auf Einschränkung der Lehrlingshaltung in den Handwerksbetrieben können leider durch die merkwürdige Einstellung der Reichsregierung keine Erfolge aufweisen. Von Jahr zu Jahr erhöht sich die Lehrlingsziffer, und in gleichem Ausmaße nimmt die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte zu.

Im Bäcker- und Konditorengewerbe waren Ende Januar 49 678 Arbeitslose in den Arbeitsnachweisen eingetragen.

Auf je 100 offene Stellen entfielen 4160 Arbeitsuchende.

Von einer Besserung dieses furchtbaren Elends ist nichts zu bemerken. Ja, es muß sogar festgestellt werden, daß jetzt zu Ostern, wenn wiederum viele tausende junge Gehilfen aus der Lehre treten, ein großer Zustrom zu dem Arbeitslosenheer stattfindet. Wenigen der jungen Gehilfen wird es möglich sein, kürzere oder längere Zeit in ihrem erlernten Beruf Arbeit zu finden und der weitaus größte Teil wird gezwungen werden, sich in das Heer der Arbeitslosen einzureihen.

Im Fleischergewerbe wurden in der gleichen Zeit 24 770 Arbeitslose festgestellt. In dieser Berufsgruppe entfielen

auf je 100 offene Stellen 2588 Arbeitsuchende.

Beide Berufsgruppen weisen eine so enorm hohe überschüssige Zahl von Arbeitskräften auf, daß diesem Zustand unbedingt baldigst Einhalt geboten werden muß. Vom Unternehmertum kann nicht erwartet werden, daß es durch seine Organisationen gegen die katastrophal ansteigende Lehrlingszüchtereier energisch vorgehen wird. Die Unternehmerorganisationen begünstigen mehr oder weniger diesen Zustand. Sie tragen nicht im geringsten dazu bei, daß der überspannten Lehrlingshaltung Einschränkungen auferlegt werden. Die wenigen führenden Personen der Innungen, die sich bemühen, gegen die Lehrlingszüchtereier anzukämpfen, können leider keinen Erfolg aufweisen. Von der Regierung und den Landesbehörden wird mit beispielloser Interessenlosigkeit dieser furchtbare Zustand geduldet.

Alle unsere Bemühungen, eine grundlegende Reformierung in der Lehrlingshaltung vorzunehmen, scheiterten bisher an der Einstellung der Reichs- und Landesbehörden. Im Reichsarbeitsministerium bringt man nicht den Mut auf, durch eine Reichsverordnung die große Lehrlingszüchtereier zu unterbinden, und die Länderregierungen lassen ebenfalls den Dingen freien Lauf. Wir müssen sogar in letzter Zeit wahrnehmen, daß in einzelnen Freistaaten den Wünschen der Handwerkerorganisationen, die Verordnungen über die Haltung der Lehrlinge den Handwerkskammern zu übertragen, Rechnung getragen wird. Kürzlich konnten wir aus Sachsen über solche Vorgänge berichten. In anderen Freistaaten wiederum wurden bereits bestehende Verordnungen über die Lehrlingshaltung wieder zurückgezogen und dort der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Die Folgen dieses unverständlichen Verhaltens seitens der Behörden wirken sich katastrophal durch den großen Andrang Arbeitsuchender auf den Arbeitsnachweisen aus.

So darf es aber nicht weitergehen! Es ist untragbar für die Gehilfenschaft, daß sie jahrelang aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet wird und im Millionenheere der Arbeitslosen seelisch

und moralisch zugrunde geht. Wenn das Unternehmertum nicht den Mut aufbringen kann, in der Lehrlingshaltung Ordnung zu schaffen, so muß die Reichsregierung eingreifen und auf dem Verordnungswege den Unternehmern den Auftrag geben, in welchem Ausmaße und in welchen Betrieben Lehrlinge gehalten werden dürfen. Im Bäcker-, Konditoren- und Fleischergewerbe sind viele tausende Betriebe vorhanden, die noch niemals Gehilfen beschäftigt haben, sondern nur mit Lehrlingen die Warenherstellung durchführen. Unmöglich kann dieser Zustand weiterhin bestehen, denn durch die Lehrlingsbetriebe wird nicht nur allein die wirtschaftliche und soziale Lage der beschäftigten Gehilfen stark gefährdet, sondern, wie bereits hier erwähnt wurde, eine hohe Anzahl von Arbeitskräften herangezüchtet, die weit über den Bedarf hinaus vorhanden sind.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen ist bekanntlich der Zustrom von Lehrlingen noch viel größer, weil Jugendliche als ungelernete Arbeiter keine Beschäftigung finden können. Fast eine Viertelmillion jugendlicher Personen sind zur Zeit ohne Arbeit. Der weitaus größte Teil stammt wiederum aus dem proletarischen Lager, aus Familien, die selbst über ein Nichts verfügen. So ist verständlich der große Andrang nach Lehrstellen in den Handwerksbetrieben. Von den Eltern wird wenig danach gefragt, ob der Beruf später auch Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit bietet. Für sie kommt in erster Linie in Frage, daß in der Notzeit ihre Kinder untergebracht sind. Hier aufklärend durchzugreifen, wird selten von Erfolg sein. Somit muß von der gewerkschaftlichen Organisation beim Unternehmertum erreicht werden,

daß durch die Unternehmerorganisationen gegen die hohe Zahl der Lehrlinge Stellung genommen wird. Kein Lehrmeister kann es mit seinem Gewissen vereinbaren, wenn er den jungen Menschen in den Glauben versetzt, er kann in seinem erlernten Handwerk später selbständig werden. Die Zeiten sind endgültig vorüber, wo viele Möglichkeiten zum Meisterwerden bestanden. Durch den großen Ueberbeschub von Arbeitskräften wird das Selbständigwerden nur sehr wenigen, vom Glück gesegneten Menschen zustatten kommen. Im Bäcker-, Konditoren- und Fleischergewerbe ist das Meisterwerden in den letzten Jahren zur außerordentlich großen Seltenheit geworden. In erster Linie beanspruchen die Söhne der Bäcker-, Konditoren- und Fleischermeister die Uebernahme des väterlichen Geschäfts, so daß für alle übrigen aus dem proletarischen und mittelständlerischen Lager stammenden Gehilfen kein Platz zum Meisterwerden vorhanden ist. Diese Tatsachen werden auch in der Unternehmerpresse in letzter Zeit stark hervorgekehrt.

Können die Unternehmerorganisationen dulden, daß eine katastrophale Lehrlingsüberfüllung weiterhin bestehen bleibt? Es liegt im Interesse des Gewerbes selbst, wenn der Lehrlingszüchtereier Einhalt geboten wird. Es muß alles eingesetzt werden, sowohl von den Unternehmerorganisationen wie auch von den Gewerkschaften, auf dem raschesten Wege eine Aenderung herbeizuführen. Wenn von beiden Seiten darangegangen wird, den bestehenden unnatürlichen Zustand in der Lehrlingshaltung zu beseitigen, so kann das Gewerbe wie auch die Gehilfenschaft vor weiteren großen wirtschaftlichen Schäden geschützt werden.

Geschäftsabschlüsse der Brauereien

Das Braugewerbe steht in letzter Zeit im Mittelpunkt der Erörterungen. Bierstreiks und andere Vorkommnisse, die letzten Endes in der Wirtschaftskrise oder in den finanziellen und politischen Verhältnissen der Gegenwart ihren Ursprung haben, machen die Brauereien zu einer beliebten Diskussionsgrundlage. Das Braugewerbe zählt sonst nicht zu jenen Industriezweigen, die allzuviel von sich reden machen. Es steht meistens im Hintergrund, weil es seiner ganzen Struktur nach als Konsumgewerbe dazu alle Ursache hat. Die Brauereien sind also mehr oder weniger daran unschuldig, daß über das Braugewerbe so viel geredet und geschrieben wurde wie in der letzten Zeit.

Da wir die Interessen der Brauereiarbeiter vertreten, ist es unsere Pflicht, vorurteilsfrei die Dinge zu betrachten. Dies gilt namentlich von den Geschäftsabschlüssen. Ein großer Teil der Brauereiabschlüsse liegt bereits vor. Wir haben die Möglichkeit, einen Ueberblick über die Rentabilität der Betriebe zu gewinnen, die besser ist als bei anderen Industriezweigen. Das Braugewerbe ist ein Schlüsselerwerb der Genußmittelindustrie, durch die Gewohnheiten der deutschen Bevölkerung. Die Ergebnisse solcher Gewerbe sind verhältnismäßig besser als bei einem im internationalen Konkurrenzkampf stehenden Industriezweig.

Eine Zusammenstellung über einige Brauereien lassen den Reingewinn und das Dividendenergebnis erkennen:

	Dividende in Proz.		Reingewinn in 1000 Mk.	
	1930/31	1929/30	1930/31	1929/30
Radeberger Exportbierbrauerei	14	16	920	1150
Brauerei zum Felsenkeller, Dresd.	0	7	110	674
Dortmunder Actien-Brauerei	10	17	1220	2700
Bavaria-St. Pauli-Brauerei	8	14	1030	1390
Hess. u. Herkules-Bierbrauerei	5	11	148	351
Reichelbräu, Kulmbach	15	20	614	560
Sedlmayr Spaten-Franziskaner-Leistbräu	4	10	680	980
Schwabenbräu, Düsseldorf	8	12	647	898
Wicküler-Küpper-Brauerei	8	14	308	549
Dortmunder Hansabrauerei	9	13	497	901
Schlegel-Scharpenseel, Bochum	5	14	350	1019
Engelhardt-Brauerei, Berlin	8	13	1270	1930
Mainzer Aktien-Brauerei	3	13	147	635
Berliner Kindl-Brauerei	16	22	2560	1770
Hackerbräu, München	8	12	271	602
Paulanerbräu, Salvatorbräu und Thomasbräu	8	12	1010	1540
Landre-Breithaupt Weißbier	0	0	30	33
Lindener Brauerei	6	10	332	495
König-Brauerei, Duisburg	0	9	41	233
Brauerei Gebr. Dietrich, Düsseld.	10	17	229	419
Mahn & Ohlerich Bierbrauerei, Rostock	8	10	251	365
Holsten-Brauerei, Altona	6	14	—	—
Dortmunder Ritterbräu	10	20	—	—
Löwenbräu, München	10	15	1680	2550

Der zur Verteilung gekommene Gewinnanteil hat sich nicht unwesentlich verringert. Die auf-

geführten 24 Brauereien verteilten im letzten Geschäftsjahr im Durchschnitt 7,0 v. H. Dividende. Im Jahr zuvor konnte noch eine Dividende von 13,1 v. H. im Durchschnitt verteilt werden. Der Reingewinn hat sich bei manchen Gesellschaften ganz gewaltig vermindert. Dessenungeachtet stehen sich die oben aufgeführten Brauereiunternehmungen im großen und ganzen nicht schlecht. Der Minderertrag wird zurückgeführt auf die Wirtschaftskrise, die daraus sich ergebende geringe Kaufkraft der Bier trinkenden Bevölkerung und nicht zuletzt auf die außergewöhnliche Erhöhung der Steuern. Bier ist ein Genußmittel, für das auch der kleinste Mann, ja sogar der Erwerbslose, immer noch ein paar Pfennige locker macht. Wo aber das Einkommen so beschränkt ist, daß es nicht einmal zum notdürftigen Leben reicht, muß natürlich auf das Bier verzichtet werden. Dennoch hat das Braugewerbe immer noch auf einen gewissen Absatz zu rechnen, weil Bier eben in Deutschland als ein Genußmittel breiter Volkskreise angesehen werden kann. Wenn der Absatzrückgang teilweise ein Drittel und mehr geringer ist als im Vorjahre, so kann es nur daran liegen, daß die Bierpreise nicht zuletzt infolge der hohen Steuerlasten über den Punkt hinausgegangen sind, der als erträglich und der Kaufkraft der Bevölkerung angemessen angesehen werden kann.

Bei den Erörterungen über die Steuern, Bierpreise und Geschäftsergebnisse der Brauereien wird in der Regel von solchen Unternehmungen ausgegangen, deren Verhältnisse außergewöhnlich gut sind. Dabei wird auf die Berliner Kindl-Brauerei verwiesen. Hier wie bei vielen anderen Brauereien trifft zu, daß das Goldmarkkapital bei der Umstellung außerordentlich niedrig bemessen wurde. Bei der Kindl-Brauerei ergibt sich folgendes: In der Vorkriegszeit betrug das Aktienkapital 4 Millionen Mark bei einem Ausstoß von 0,3 Mill. Hektoliter. Obwohl inzwischen acht Brauereien hinzu erworben waren und der Ausstoß auf insgesamt 1,2 Mill. Hektoliter angewachsen war, wurde das Kapital bei der Umstellung nur auf rund 5 Millionen Mark festgesetzt. Die Folge davon war, daß jahrelang eine sehr hohe Dividende verteilt werden konnte. Es wird auch in der Regel außer acht gelassen, daß sich das Gewerbe zum größten Teil auf eine verhältnismäßig geringe Zahl von Großunternehmungen konzentriert. Das Produktionsergebnis von vielen Unternehmungen vor dem Kriege wird jetzt von einer viel geringeren Zahl ausgeübt. Daraus ist zum Teil die einigermaßen günstige Rentabilität der Brauereien zu erklären.

Es liegt uns fern, die hohen Gewinnausschüttungen zu verteidigen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß sich die Dividendenbeträge in den Grenzen zu halten haben, die sich aus der allgemeinen Wirtschaftslage ergeben. Es darf aber aus den Geschäftsergebnissen der Brauereien nicht geschlossen werden, daß das Bier eine nie versiegende Steuerquelle für Reich und Gemeinden ist. Auch ist widersinnig, wenn Steuererhöhungen dazu führen, daß die Gesamteinnahmen aus den erhöhten Steuersätzen geringer sind als vorher. Und es ist noch widersinniger, wenn zur Stützung des Gersten- und Hopfenmarktes große öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Folgen dieser Steuerpolitik, die in ihrer Auswirkung auch die Landwirtschaft hart treffen mußte, von dieser abzuwenden. Unsere Organisation ist immer dafür eingetreten, daß die Ausschankpreise so niedrig wie möglich gehalten werden sollen. Dies hat aber eine Grenze, wenn das Hektoliter Vollbier mit 22 Mk. und das Hektoliter Starkbier mit 30 Mk. Steuern belastet wird.

Bei der Betrachtung der Rentabilität des Braugewerbes sind folgende Tatsachen nicht außer acht zu lassen: Von den 4600 Unternehmungen sind nur 306 Aktiengesellschaften. Unter den letzten befinden sich die größten Betriebe, die bei der großen Konzentrationsbewegung viele Klein- und Mittelbetriebe aufgesogen haben. Dies geht daraus hervor, daß die Aktienbrauereien 58 bis 60 Proz. des Gesamtausstoßes leisten, während die rund 4300 Privatbetriebe nur mit 40 bis 42 Proz. an der Gesamtproduktion beteiligt waren. Es ist natürlich, daß die schlechte Geschäftslage sich bei kleineren und mittleren Brauereien in viel schärferer Weise auswirkt. Großbetriebe sind im Einkauf von Material und in der Gesamtposition wesentlich beweglicher als kleine Betriebe.

In einer Zeit wie der heutigen hat auch der Aktionär bei den Brauereien keinen Anspruch auf einen übernatürlichen Gewinn. Wenn beispielsweise die Tantieme der Kindl-Brauerei, die auf je 8 Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats verteilt wird, von 165 000 auf 234 000 Mark hinaufgesetzt wurde, also von rund 10 000 auf rund 15 000 je Mitglied, so ist dies als skandalös zu bezeichnen. Die Brauereien machen es durch derartige Methoden den Kritikern sehr leicht. Stellen wir die Lage der Brauereiarbeiter einschließlich der erwerbslosen den Brauereien gegenüber, so steht fest, daß für die Kollegenschaft die schwere Krise weitaus fühlbarer in Erscheinung tritt als bei den Unternehmern und den Aktionären. Daher haben die Brauereien in der heutigen Zeit auf das Personal Rücksicht zu nehmen und Härten, soweit es irgendwie möglich ist, zu vermeiden.

Paul Umbreit

Von dem plötzlichen Ableben des Kollegen Paul Umbreit am 21. März infolge Herzschlages konnten wir noch in der vorigen Nummer der „Einigkeit“ kurz berichten. Umbreit war das dienstälteste Mitglied im Vorstand des ADGB. Er übernahm am 16. März 1900 als Nachfolger Legiens die Redaktion des „Korrespondenzblattes“, dem damaligen Organ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Vorläufer der „Gewerkschafts-



Zeitung“. Durch seine überragenden Fähigkeiten und sein großes Wissen auf dem Gebiete der Sozial- und Wirtschaftspolitik, sowie seinem immensen Fleiß gestaltete er die Zeitschrift zu einem erstklassigen Publikationsorgan aus, daß für die Gewerkschaftsfunktionäre unentbehrlich wurde. Nebenher verdanken ihm die Gewerkschaften eine wertvolle Literatur über die Gewerkschaftsbewegung, Sozial- und Wirtschaftspolitik und andere Probleme.

Wochenschau

Der Kampf um den Staat. Der „Regensburger Anzeiger“, das Blatt des bayerischen Ministerpräsidenten Held, ist unterrichtet, daß Hitler im Laufe dieses Jahres seine SA. und SS. auf 400 000 Mann verstärken will. Ganz folgerichtig bemerkt das Blatt, daß die preußische Aktion keine Wahlmache des Sozialdemokraten Severing sei und stellt fest: „Es handelt sich hier nicht um diese oder jene Parteiinteressen, sondern um letzte grundsätzliche Fragen des Staates. Herr Hitler soll sich und ernstesten Männern, auch wenn sie seine politischen Gegner sind, doch nichts vormachen...“

Wo steht Groener? Durch die Polizeiaktion der preußischen Regierung ist zweifelsohne erwiesen, daß die Nazis am 13. März, falls Hitler Reichspräsident geworden wäre, mit Waffengewalt die Macht zu übernehmen versucht hätten. Dazu erklärt der Reichswehr- und Innenminister Groener, daß er von der Zusammenfassung der Mordbanden Hitlers unterrichtet war und es auch für den Staat dienlich gehalten hat, zwei Vertreter der Nazis zu empfangen, nachdem die Öffentlichkeit von der Bürgerkriegsrüstung der Nazis erfuhr. Groeners Wege werden immer undurchsichtiger, und es erweckt den Eindruck, daß er von gewissen maßgebenden Kreisen im Wehrministerium allzu stark beeinflusst wird.

Kriegstreiber in Frankreich erhoffen Nazisiege. Der französische Parfümfabrikant Coty, ein berüchtigter Deutschenhetzer, scheut sich nicht, in seinem Blatte „Figaro“ Hoffnungen über einen Nazisiege auszusprechen. So meint er, das Interesse Frankreichs verlange einen Sieg Hitlers, weil er nach seiner Machtergreifung Fehler begehen würde, die Deutschland schwächen und es unfähig zu den Verhandlungen um die Reparationsfrage machen würde. Nur durch die Nazis könne Hindenburg und Brüning gestürzt werden, die heute mit ihren außenpolitischen Forderungen die größte Gefahr Frankreichs darstellen.

Nazi-Wahlschulden und Reichskasse. Jetzt wird bekannt, daß die nationalsozialistische Propaganda zur Reichspräsidentenwahl 10 Millionen Mark gekostet hat, ohne daß dafür irgendwelche Deckung vorhanden war. Nach zuverlässigen Angaben betragen die teilweise in Wechselverpflichtungen bestehenden Schulden der Nazi 20 Millionen Mark. Die

Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

Am 2. April
ist der 15. Wochenbeitrag fällig

In den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen in den Vorkriegsjahren fanden seine Vorlesungen über den Arbeiterschutzgesetzgebung und die gegnerischen Gewerkschaften großen Anklang bei den Schülern, und sein reiches Wissen wurde für viele Gewerkschaftsführer wegweisend und richtunggebend. 1919 wählte ihn der Nürnberger Kongreß in den Bundesvorstand. Seit Errichtung des Reichswirtschaftsrates gehörte er als Vorsitzender dem Sozialpolitischen Ausschuß an. Manche wertvolle Arbeit, die hier unter seiner Führung geleistet wurde, blieb für die Gewerkschaften von dauerndem Wert. Wir erinnern an die Entscheidung über die Nichttariffähigkeit des gelben Bäckerbundes, die heute noch richtungweisend für die Behörden ist.

Umbreit ist auch in weiten Kreisen unserer Verbandsmitglieder ein alter, guter Bekannter. Wiederholt nahm er an Tagungen unserer früheren Berufsverbände als Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation teil. Oft wurden seine Ratschläge beachtet und danach gehandelt. In der hochwichtigen Frage des Nachtbackverbots vertrat Umbreit anfänglich einen von unserer Organisation abweichenden Standpunkt. Als er aber auf der Tagung in Wernigerode mit erleben mußte, mit welcher glühender Leidenschaft für die Aufrechterhaltung dieser Kulturerrungenschaft einheitlich und geschlossen gekämpft wurde, da zögerte auch der Verstorbene nicht, sich als Verteidiger für die gesetzliche Beseitigung der Nacharbeit in die vordersten Reihen zu stellen.

Was Umbreit zu dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der arbeitenden Klasse in Wort und Schrift beigetragen hat, ragt weit hinaus über die Grenzen der deutschen Arbeiterbewegung. Sein Lebenswerk wurde Allgemeingut der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Der stets rastlose Geist, der nie müde Kämpfer mußte viel zu früh von uns scheiden. Im Alter von noch nicht 64 Jahren nahm uns der Allbezwinger Tod einen der besten und stets opferbereiten Führer. Seine Werke werden in den ersten Zeiten scharfer Auseinandersetzungen mit der kapitalistischen Klasse wegführend und richtungweisend für die Gewerkschaftsbewegung sein. Die Arbeiterklasse wird in ihren schweren Kämpfen gegen Ausbeutung und Entrechtung stets ehrend dieses Mannes gedenken, der einer ihrer Besten und Tüchtigsten war.

Parteilung in München brauchte schon deswegen einen Wahlsieg Hitlers, damit diese Kosten auf die Reichskasse übernommen werden konnten.

Memellandtag aufgelöst. Der memelländische Landtag nahm mit 22 gegen 5 Stimmen der Großlitauer ein Mißtrauensvotum gegen den Landespräsidenten an. Daraufhin hat der Landespräsident den Landtag aufgelöst.

Zum Kampf um Preußen. Der Parteiausschuß der SPD. hat beschlossen, zu den Preußenwahlen am 24. April die Minister Otto Braun und Karl Severing an die Spitze sämtlicher preußischer Wahllisten zu stellen.

Dorpmüller wieder Generaldirektor der Reichsbahn. Auf Vorschlag der Reichsregierung hat der Reichspräsident den bisherigen Generaldirektor der Reichsbahn, Dorpmüller, dessen Amtszeit am 3. Juni abläuft, mit Wirkung ab 4. Juni wieder bestätigt.

Biersteuersenkung und Ausschankpreis

Unklare Bestimmungen in der Verordnung.

Die Biersteuersenkung ist nicht, wie wir in der vorigen Nummer der „Einigkeit“ mitgeteilt haben, mit der Veröffentlichung der Verordnung in Kraft getreten. Es war vielmehr dem Finanzminister überlassen, zu welchem Zeitpunkt die Biersteuersenkung wirksam werden sollte. Diese Verzögerung ist darauf zurückzuführen gewesen, weil die Regierung verlangte, daß neben der Steuersenkung die Brauereien und Gastwirte ihre Preise so weit herabsetzen sollten, daß ein Hektoliter Bier mindestens 12 Mark billiger wird. Dem Verlangen der Regierung ist nicht vollständig Rechnung getragen worden. Nach tagelangen Verhandlungen wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Brauereien den Hektoliterpreis um 2,25 Mark und die Gastwirte ihren Schanknutzen ebenfalls um 2,25 Mark herabsetzen. Mit der Steuerermäßigung ergibt sich demzufolge eine Senkung von 11,50 Mark pro Hektoliter. Die Steuersenkung ist am 22. März und die Senkung des Ausschankpreises am 26. März in Kraft getreten.

Die in der Verordnung erfolgte Regelung des Ausschankpreises ist recht unklar gehalten. Es wird verlangt, daß durch Gegenüberstellung der alten und der neuen Preise der Ausschankpreis pro Hektoliter für jede Gemäßart festgestellt wird. Bei etwa vorhandenen verschiedenen Gemäßarten — solche mit mehr als einem halben Liter Inhalt bleiben unberücksichtigt — ist der Durchschnittspreis pro Hektoliter festzustellen. Die Gesamtsenkung hat vorzugsweise

bei den in jeder Gaststätte gebräuchlichsten Gemäßarten zu erfolgen. Jedoch soll dort, wo die Steuer senkung den Betrag von 7 Mark ausmacht, der Ausschankpreis für wenigstens eines der am 8. Dezember 1931 in der Gaststätte vorhandenen Gemäße mit weniger als einem halben Liter Inhalt um volle 5 Pf. ermäßigt werden. In der Praxis dürfte sich diese Anordnung so auswirken, daß für das $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{20}$ Glas eine Senkung um 5 Pf. eintritt, daß aber bei den weniger gebräuchlichen kleineren Gläsern der bisherige Preis bleibt oder aber nur eine geringe Senkung vorgenommen wird. Die Regierung wird aber nicht umhin können auf schnellstem Wege die getroffene Anordnung so eindeutig und klar auszulegen, daß sie jeder Gastwirt verstehen kann. Andernfalls kann es passieren, daß die Senkung des Ausschankpreises auf dem Papier bleibt.

In diesem Zusammenhang muß die von den Brauereien eingeschlagene Taktik, die nicht besonders glücklich gewesen ist, erwähnt werden. Nachdem ersichtlich war, daß die Reichsregierung über die bisher verfügte Bierpreissenkung hinausgehen wird, wurde von seiten der Brauereien nicht nur jede Verhandlung darüber abgelehnt, es wurde auch gefordert, die bisherige Preissenkung wieder rückgängig zu machen. Bei allem Verständnis für die ungünstige Situation, in der sich die Brauereien befinden, ist es für die Öffentlichkeit schwer, diese Taktik als richtig anzuerkennen. Es würde entschieden vorteilhafter gewirkt haben, wenn die Brauereien sich im Endkampf nicht schmollend in die Ecke gestellt haben würden. Dies hätte noch lange nicht bedeutet, zu jedem Kompromiß bereit zu sein.

Unserm Bericht über die Biersteuerverordnung ist noch nachzutragen, daß hinsichtlich der steuerlichen Behandlung der Hausbrauer eine grundlegende Aenderung eingetreten ist. Bisher konnten die Hausbrauer, die unter 1000 Hektoliter Bier pro Jahr herstellten und für das ein stark ermäßigter Steuersatz zu zahlen war, ihr Bier auch an Personen, die nicht zum Haushalt gehören, gegen Entgelt abgeben. In Zukunft wird die entgeltliche Abgabe von steuerbegünstigtem Bier die Zahlung des regulären Steuersatzes nach sich ziehen.

Ausschuss-Sitzung des ADGB.

Am 22. März 1932 trat der Ausschuss des ADGB. im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 5. Tagung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart in ehren den Worten Paul Umbreits, der am 21. März mitten aus einer reichen Tätigkeit heraus uns entrissen worden ist.

Leipart leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des Termins für den außerordentlichen Gewerkschaftskongress veranlaßt haben. Der Kongress wird in der Woche nach dem 10. April stattfinden. Der Bundesausschuss stimmte der Verschiebung des Kongresses zu.

Die gewerkschaftliche Befreiung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvorstand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Von seiten eines Verbandes war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen im Anschluß an die Ortsausschüsse aufzuziehen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine besondere Organisation der Arbeitslosen nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Beitragsbedingungen für ihre arbeitslos werdenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits Außerordentliches. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade die letztere Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten stark propagiert wird. Die arbeitsmarktpolitischen und arbeitsrechtlichen Bedenken, die gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestehen, sind im Märzheft der „Arbeit“ von Dr. Bruno Broecker behandelt worden. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zusätzliche Arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiter bedeuten.

In der Aussprache wurde von den Verbandsvertretern betont, daß alle Gewerkschaften sich nachdrücklich bemühen, die arbeitslos gewordenen Mitglieder durch Erleichterung der Beitragszahlung den Organisationen zu erhalten. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, wurde entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände bleiben. Der Bundesausschuss war der Meinung, daß die Kommission für Verwaltungsreform eine einheitliche Stellungnahme vorbereiten soll.

Krise der Seegrenz-Schlachthäuser

Auswirkung des Rückganges der Auslands-Lebendvieheinfuhr.

Zur Zeit haben die Schlachtviehpreise einen Tiefstand erreicht, wie er je kaum zuvor beobachtet werden konnte. Das gab der Landwirtschaft Veranlassung, „zum Schutze der heimischen Erzeugnisse“ eine Erhöhung der Zölle und dadurch eine Hemmung der Einfuhr zu verlangen. Der Landwirtschaftsrat ist erneut mit seinen Forderungen hervorgetreten, die auch von der Genossenschaftlichen Reichsviehverwertung unterstützt werden.

Auch die Einfuhr von Lebendvieh und tierischen Nebenprodukten ist ganz beträchtlich zurückgegangen. Die Leidtragenden sind in erster

denen noch die bereits angeführten Kosten in Höhe von 2,2 Millionen Mark treten, eine jährliche Steuerbelastung pro Haushalt von 50 Mark ergeben. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Reich aus dieser Affäre zu ziehen gedenkt, da zweifelsfrei feststeht, daß es mit seiner Politik argen Schiffbruch erlitten hat. Bei dem immerhin starken Einfluß der Landwirtschaft auf die Reichsregierung und dem Lieblingen dieser mit der „Autarkie“ ist keineswegs damit zu rechnen, daß sie ihren Weg der Zollerhöhung und der künstlichen Einfuhrdrosselung verläßt. Weit eher ist zu befürchten, daß die Reichsregierung die Seegrenzschlachthäuser weiter leer und unbesnänzt läßt und schließlich doch zur Entschädigung der Gemeinden in den Säckel greifen muß. Unsere Zeitgeschichte wird dann lediglich um das betäubliche Kapitel „Subventionen“ bereichert.

Des Zündholzkönigs Glück und Ende

Kürzlich kam aus Paris die Nachricht, daß sich der größte Finanzmann der Welt, Ivar Kreuger, erschossen hat. Mit Kreuger versinkt ein Stern am internationalen Finanzhimmel, der zeitweise wie ein helleuchtender Kometa neue Wege der internationalen Kapitalverflechtung zu zeigen schien.

Kreuger ist nur 52 Jahre alt geworden. Als junger Mann gründete er eine Baufirma unter dem Namen Kreuger & Toll. Diese Firma wurde später zum Mittelpunkt des großen internationalen Industrie- und Finanzkonzerns. Es gelang Kreuger recht bald, die Zündholzindustrie in Schweden in seinen Besitz zu bekommen. Er kaufte die einzelnen Firmen auf und faßte sie in der Svenska Tändstick A. B. zu einem Riesen trust zusammen. Letztere hat eine Kapitalkraft von nicht weniger als 470 Millionen schwedischer Kronen. Die internationale Ausdehnung des Konzerns wurde nach dem Kriege in die Wege geleitet. Für die nach Deutschland im Kriege und in der Inflation gelieferten, nicht immer sehr guten, Streichhölzer wurden ganze Häuserblocks in deutschen Großstädten erbaut. Somit ist Kreuger schon früh zum Großgrundbesitzer in Deutschland geworden. Später war er im deutschen Hypothekengeschäft eine führende Persönlichkeit. Kreuger verbreitete seine Zündhölzer in der ganzen Welt. Zollmauern wurden durch Errichtung eigener Fabriken übersprungen. Ländern, die in Schwierigkeiten gerieten, half er mit Anleihen aus. In der Regel war damit die Uebernahme eines Zündholzmonopols verbunden. An 23 Staaten hat Kreuger Anleihen vermittelt und übte in den meisten derselben die Vorherrschaft im Monopol aus.

Kreuger war ein Freund Deutschlands. Er hat dem Heimatland seiner Eltern noch vor nicht langer Zeit einen Kredit von 125 Millionen Dollar verschafft. In Deutschland kontrollierte er neben anderen die Deutsche Union-Bank. Die überseeischen Geschäfte des Kreuger-Konzerns wurden von der International Match Corporation wahrgenommen, an der auch die große Chase National Bank, der Petroleumkönig Rockefeller und das befreundete Bankhaus Lee, Higginson & Co. beteiligt waren. Das Londoner Bankhaus des Kreuger-Konzerns ist die Firma Higginson & Co. In anderen Ländern bestanden ähnliche Verbindungen. Kreuger kontrollierte auch die Grängesberg-Gesellschaft mit ihren großen Erzbergwerken, den schwedischen Kugellagertrust und die Elektrizitätsgesellschaft Erikson & Co. Neuerdings hatte Kreuger eine Gesellschaft errichtet zur Ausbeutung der schwedischen Golderze. Daneben waren im Besitz des Konzerns umfangreiche Waldbestände, Papier- und Zellstofffabriken usw. Kreuger hatte in der ganzen Welt Besitzungen und Verbindungen aller Art. Nun wurde diesem erfolgreichen Leben mit Gewalt ein Ziel gesetzt. Der freiwillige Tod dieses Mannes, der mit ungewöhnlichem Weitblick über Milliarden zu disponieren vermochte, bedeutet für die Weltfinanz und Weltwirtschaft einen schweren Stoß. Kreuger glaubte an den internationalen Kapitalismus. Ein Organisator ersten Ranges, der einem winzigen Gebrauchsartikel, dem Streichholz, eine Weltmacht aufbauen konnte, mußte seine Segel im Sturm der Weltwirtschaftskrise einziehen. Die Internationalität des Kapitals erhält einen schweren Schlag.

Umschichtung im Handwerk

„Das Deutsche Handwerksbla“ unternimmt den Versuch, die künftige Gestaltung der Handwerksbetriebe aufzuzeichnen. Sie geht von der Tatsache der Weltwirtschaftskrise, der ökonomischen Verhältnisse in Deutschland und der derzeitigen Massenarbeitslosigkeit aus und kommt zu dem Ergebnis, daß sich nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handwerk Umschichtungen vollziehen. Diese Umschichtung ist bedingt infolge einer Ueberproduktion, obwohl „das Lebenshaltungsniveau der großen Masse teilweise schon unter das Existenzminimum gesunken ist“ und eigentlich von einer Unterproduktion geredet werden müßte, weiter durch die Rationalisierung, die eine Fehlinvestition darstelle, durch unsinnige internationale Wirtschaftspolitik und durch den Zerfall der Weltwirtschaft, der eine Freisetzung eines gewaltigen Arbeiterheeres zur

40 Jahre Treue zum Verband



Oswald Tietze
Böttcher, Halle a. d. Saale
Eingetr. 5. 4. 1887, jetzt Invalide

Carl Pollmann
Böttcher, Hamburg
Eingetr. 14. 9. 1886, jetzt Invalide

Albert Schimpf
Küfer, Mainz
Eingetreten 1. 12. 1889



Otto Möller
Fleischereiarbeiter, Oldenburg
Eingetreten 29. 1. 1892

Wilhelm Minke
Böttcher, Hannover
Eingetr. 1. 10. 1886, jetzt Invalide

Ernst Heppner
Konditor, Magdeburg
Eingetr. 15. 2. 1892, jetzt Invalide

Linie die Seegrenzschlachthäuser, deren Lage katastrophal ist. Bekanntlich war es das Reich, das zur „Sicherung der Volksernährung“ und des für die Landwirtschaft notwendigen Seuchenschutzes die Städte veranlaßte, Seegrenzschlachthäuser zu errichten. Dadurch entstand denjenigen Städten, die Seegrenzschlachthäuser unterhalten, ein Aufwand von rund 18 Millionen Mark, zu denen noch die Kosten für Verzinsung, Amortisation und Instandhaltung hinzukommen, die jährlich mit 2,2 Millionen Mark zu veranschlagen sein dürften. Durch die Zollpolitik der Reichsregierung sind aber die in den Seegrenzschlachthäusern anfallenden Schlachtungen bei 306 000 Tieren im Jahre 1929 auf 180 000 Tiere im Jahre 1930 und 71 000 Tiere im Jahre 1931 zurückgegangen. Für 1932 ist eine weitere Abnahme der Schlachtungen feststehend. Es ergibt sich durch den Rückgang der Lebendvieheinfuhr bzw. der Schlachtungen der absurde Zustand, daß jedes eingeführte Tier, noch ehe es den Seegrenzschlachthof verlassen hat, mit 30 bis 35 Mark vorbelastet ist, wozu dann noch die Betriebsunkosten kommen. Hier offenbart sich zweifelsohne ein schwerer Fehler der Reichsregierung, die in ihrer Kurzsichtigkeit nicht in der Lage war übersehen zu können, daß Deutschland infolge der hochentwickelten Landwirtschaft und Viehzucht den Fleischanfall aus eigenem Bedarf decken kann. Nun stehen die mit allen technischen Neuerungen ausgestatteten Seegrenzschlachthäuser leer und drohen überdies, den Ruin der Städte herbeizuführen. Die in der Interessengemeinschaft der Seegrenzschlachthäuser zusammengeschlossenen Gemeinden haben errechnet, daß die durch die Erbauungskosten entstandenen Aufwendungen, zu

Folge habe. Chronische Massenarbeitslosigkeit wird in Deutschland wie auch in den anderen Ländern das tragische Symptom jenes gewaltigen Rückbildungsprozesses in der Weltwirtschaft sein, wovon auch in Zukunft die Gestaltung des deutschen Handwerkes stark beeinflusst wird. „Das entscheidende Entwicklungsmoment ist eben jene Rückentwicklung der deutschen Wirtschaft zum „beinahe“ geschlossenen Handelsstaat, eine Rückentwicklung, die gekennzeichnet ist durch die Umgestaltung des deutschen Produktionsapparates, die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Produktion auf Kosten der industriellen Produktion, die Verbauung eines Großteils der heutigen Industriearbeiterschaft, die Umsiedlung eines Großteils der städtischen Bevölkerung auf das Land.“

Damit ist gleichzeitig dem Handwerk der Weg bei der Um- und Neuansiedlung der Arbeiterschaft vorgezeichnet. Ein Teil der groß- und mittelstädtischen Handwerker muß ebenfalls wandern und die Bedeutung des ländlichen Handwerkes wird auf Kosten des großstädtischen zunehmen. Im gleichen Zusammenhang wird betont, daß diese Umschichtung des Handwerks strukturelle Aenderungen hervorrufe und nur die Großstadt infolge der Ansammlungen größerer Menschenmassen Voraussetzungen zum Entstehen von Großbetrieben biete. Das Bäcker-, Konditoren-, Müller- und Fleischer-gewerbe kann auf dem Lande nicht annähernd die Betätigungsmöglichkeit wie in der Großstadt finden, wodurch naturgemäß auch die Umsätze entsprechend sinken werden. Hinzu kommt, daß der großstädtische Bewohner größere Ansprüche an das Handwerk wie der Kleinstädter und Landbewohner stellt, was durch Hausbäckerei und dem Haus-schlachten auf dem Lande zum Ausdruck kommt. Nur in den seltensten Fällen wird hier Hilfeleistung durch einen Fachmann gestellt.

Die Umschichtung des Handwerks und die Abwanderung großstädtischer Bevölkerungskreise wird einschneidende Veränderungen hervorrufen und zwangsläufig ergeben, daß sich daraus gewaltige Verschiebungen im Größenverhältnis der Betriebe bemerkbar machen. Wenn diese hier geschilderte Entwicklung wirklich den vorausgesagten Weg gehen sollte, dann werden auch die Rückwirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten und sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer nicht ausbleiben. Die Tatsache, daß Kleinbetriebe nicht so aufnahmefähig wie Großbetriebe sind und die sozialen Verhältnisse in den Kleinbetrieben weit schwieriger geregelt werden können, eröffnet auch unserer Gewerkschaft neue Aufgaben.

Es wird Aufgabe unseres Verbandes sein, wenn die rückläufige Bewegung in unseren Handwerksbetrieben einsetzen sollte, daß dann die sozialen Errungenschaften sich nicht „rückläufig“ entwickeln. Wenn auch die rückläufige Entwicklung der Handwerks-gewerbe nicht das Werk kurzer Zeit sein kann, so muß ihr doch heute schon größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es mag richtig sein, daß durch An- und Umsiedlung der groß- und mittel-städtische Arbeitsmarkt eine Entlastung erfährt und neue Erwerbsquellen auf dem Lande geschaffen werden. Die Entwicklung wird aber in den handwerksmäßigen Berufen zur Ueberhandnahme der Zwergbetriebe führen und die Gefahr einer neuen Lehrlings-„überproduktion“ heraufbeschwören.

Die Nahrungsmittel- und Getränke-industrie Grossbritanniens

Das Jahr 1931 ist für die Arbeiterschaft Groß-britanniens sowohl in wirtschaftlicher wie in poli-tischer Hinsicht recht ungünstig gewesen. Von den politischen Ereignissen, die bekannt sind, soll hier nicht gesprochen werden. Die Wirtschaft stand wie in allen anderen Ländern im Zeichen der Schrumpfung. Die Produktion ging zurück, die Arbeitslosigkeit nahm den größten Teil des Jahres hindurch zu und die Löhne sanken. Im September wurde die Goldgrundlage der Währung aufgegeben und kurz darauf kam die Abkehr vom dem lange hochgehaltenen Grundsatz des Freihandels, die Flucht in den Schutzzoll.

Sowohl von der Entwertung des Geldes im Aus-land wie von den neuen Zöllen wurde eine Besserung der Wirtschaftslage erwartet. Diese Erwartung er-füllte sich nur in sehr bescheidenen Grenzen, was die Entwicklung des Arbeitsmarktes beweist. Die Zahl der Arbeitslosen, die vorübergehend vom Oktober bis Dezember abnahm, stieg im Januar 1932 wieder um fast eine Viertel-million.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Vierteljahr 1931 war zum Teil die Folge davon, daß bestimmte Personenkreise vom Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen wurden und daß viele, die von dieser Sparmaßregel betroffen wurden, die fernere Meldung bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen unterließen. Das gilt insbesondere von verheirateten Frauen, denen die Krisenunter-stützung entzogen worden war.

Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsnach-weisen gemeldeten Arbeitslosen einschließlich der zum Bezug von Unterstützung nicht berechtigten versicherten Personen und der nicht versicherten Arbeitslosen (soweit sie sich freiwillig gemeldet hatten) betrug am Schlusse des ersten Vierteljahres 2 655 000; sie stieg auf 2 736 000 am Ende des zweiten Vierteljahres und auf 2 897 000 am Ende des dritten Vierteljahres; dann sank sie auf 2 792 000 Ende Oktober, 2 688 000 Ende November und 2 574 000 Ende Dezember. Ende Januar 1932 waren 2 794 000 Arbeitslose gemeldet. Die Statistik umfaßt zwar nicht alle, aber doch den weitaus größten Teil der Arbeitslosen.

Gegen Arbeitslosigkeit versichert waren Mitte 1930 12 406 000 und Mitte 1931 12 770 000 Arbeitnehmer im Alter von 16 bis 64 Jahren. In der Nahrungsmittel- und Getränkeindu-strie war die Zahl der versicherten Personen wie folgt:

	1930	1931
Bäckereien, Konditoreien	151 030	155 760
Müllerei	28 940	28 320
Kakao, Schokoladen, Zuckerw.	73 510	71 290
Andere Nahrungsmittelindustrien	114 960	119 220
Getränkeindustrie	109 530	112 470
	477 970	487 060

Eine geringe Abnahme der Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen trat von 1930 auf 1931 nur in der Müllerei sowie in der Erzeugung von

Kakao, Schokoladen und Zuckerwaren ein. In den Bäckereien und Konditoreien betrug die Zunahme 4730, in den anderen Nahrungsmittelindustrien 4260 und in der Getränkeindustrie 2940.

Die Arbeitslosigkeit war 1931 in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie zwar etwas größer als im vorausgegangenen Jahre, aber die Ver-schlechterung der Lage des Arbeitsmarktes — wie allgemein in den Verbrauchsgüterindustrien — geringer als in den Produktionsmittelindustrien, von denen manche bereits einen Arbeitslosenstand von 30 bis 60 Proz. aller versicherten Arbeitnehmer auf-weisen.

Von 100 Versicherten waren 1931 arbeitslos:

	Ende der Monate			
	März	Juni	Sept.	Dez.
Bäckereien und Konditoreien	13,2	12,3	13,0	12,7
Müllerei	10,8	11,0	10,4	10,4
Kakao, Schokoladen- und Zuckerwaren	17,4	17,9	14,7	16,0
Andere Nahrungsmittelgewerbe	19,3	16,0	20,4	18,9
Getränkeindustrie	13,0	13,2	14,6	13,8

Von allen Zweigen der Nahrungsmittel- und Ge-tränkeindustrie wiesen auch diesmal wieder, ebenso wie in den Vorjahren, die Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, sowie die Gruppe „andere Nahrungsmittelgewerbe“ die umfangreichste Arbeits-losigkeit auf. Ende Januar 1932 war die Arbeits-losigkeit der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wieder allgemein höher als Ende Dezember 1931.

Die Produktionstätigkeit, die 1929 ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist seitdem rückgängig. Wird der Produktionsumfang in Meßziffern dar-gestellt und im Jahre 1924 durch die Ziffer 100 aus-gedrückt, so betrug er 1929 111, 1930 103 und vom Januar bis September 1931 92. Besondere Angaben für die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie sind nicht vorhanden.

Die Lohnsenkungen waren 1931 bedeutender als in irgendeinem Jahre seit 1922. In den Wirt-schaftszweigen, für welche Angaben vorliegen, er-litten 2 995 000 Arbeiter Lohnsenkungen im wöchent-lichen Betrage von nahezu 405 000 Pfund und nur 46 000 Arbeiter erhielten Lohnerhöhungen von zu-sammen 5000 Pfund in der Woche. Wichtige Berufs-gruppen werden jedoch statistisch nicht erfaßt. Von Lohnsenkungen wurden hauptsächlich betroffen die Bergarbeiter, die Arbeiter der keramischen und chemischen Industrie und die Metallarbeiter. In der Nahrungsmittel- und Getränke-industrie erlitten 13 500 Arbeiter Lohnsenkungen und 1250 Arbeiter waren an Lohnerhöhungen be-teiligt. Der Betrag der Senkung der Summe der Wochenlöhne in dieser Industrie-gruppe wird auf 2050 Pfund geschätzt.

Aenderungen der Arbeitszeit traten nur in verhältnismäßig wenigen Fällen ein. Die Arbeitszeit von 293 000 Arbeitern wurde verlängert und die Arbeitszeit von 108 000 Arbeitern verkürzt.

Die Kosten der Lebenshaltung sind zwar gesunken, aber nur in geringem Maß, und die Senkung blieb auf die Preise der Nahrungs-mittel und der Kleidung beschränkt. Die Kosten der Miete, Heizung, Beleuchtung und anderer Be-dürfnisse hielten sich das ganze Jahr hindurch auf gleicher Höhe. Werden die Kosten aller Bedarfs-

Wissenschaft und Technik im Dienste der Milchwirtschaft

Unter allen Zweigen der Nahrungsmittelwirtschaft, die wir von alters her fast bei allen Völkern der Erde finden und die wir von uralten Zeiten her übernommen haben, dürfte wohl die Milchgewinnung und Bewirtschaftung neben der Brot- und Fleischgewinnung die allergrößte Bedeutung für die menschliche Ernährung erlangt haben. Es gibt ja auch kein zweites Nährprodukt, das für einen großen Teil der Lebewesen unserer Erde eine so natürliche und ursprüngliche Bedeutung als Nah-rungsmittel hätte, als gerade die Milch, denn nicht allein der Mensch, sondern auch das mannigfaltige Geschlecht der Säugetiere, ehe sie andere Nahrung überhaupt kennenlernen, nehmen in der Frühzeit ihres Lebens nur Milch zu sich. Bekanntlich ist das beste Gedeihen für Lebewesen dieser Art, ob Mensch, ob Tier, gewährleistet, wenn sie nach der Geburt eine gewisse Zeitlang von der Milch der eigenen Mutter ernährt werden. Diese rein natür-liche Erscheinung im Ernährungswesen dieser Art Geschöpfe mag den Menschen schon frühzeitig ver-anlaßt haben, der Milch auch für seine spätere Lebensweise eine besondere Rolle als Nahrungsmittel einzuräumen und sie als einen besonders wichtigen Zweig in das Gebiet der frühesten Nahrungsmittel-wirtschaft aufzunehmen. Die Milch eignete sich ja auch dadurch sehr vorteilhaft für eine sorgsame Bewirtschaftung, weil man sehr bald darauf ge-kommen ist, daß sie nicht allein als schmackhaftes Getränk einen großen Nährwert besitzt, sondern daß man aus ihr auch andere wertvolle Nahrungs-mittel herstellen kann, von denen Butter und Käse schon sehr alten Völkern bekannt waren, und daß sie auch sonst als Zusatz in der Bereitung anderer Nährprodukte eine vielseitige Verwertung zuläßt.

Freilich ist die Milchwirtschaft, genau so wie die Brot- und Fleischwirtschaft Jahrtausende hindurch nur rein erfahrungsmäßig betrieben und von Gene-ration auf Generation überliefert worden, wie über-haupt von einer rationellen oder gar wissenschaft-lichen Ernährungswirtschaft, wie wir sie heute fast auf allen Gebieten kennen, bei unseren Vorfahren kaum die Rede sein konnte. Ebenso spielte die Technik im Nahrungsmittelwesen früherer Zeiten, soweit sie überhaupt für die Zubereitung von Nähr-stoffen in Anwendung kam, bis in die jüngste Zeit der letzten Jahrhunderte hinein nur eine ganz untergeordnete Rolle. Und wenn man sich auch in der Brotbereitung und Fleischverarbeitung schon frühzeitig technischer Behelfe bediente, so fand gerade in der Milchwirtschaft die Technik nur sehr langsam Eingang. Gewiß hat das Butterfaß eine sehr alte Geschichte, aber es war, fast möchte man sagen, bis vor einigen Jahrzehnten auch nur der einzige technische Behelf, den man in der Verwertung und Bewirtschaftung der Milch kannte. Im Grundprinzip war dieser technische Behelf fast genau so primitiv gestaltet, wie etwa das Butterfaß vor vielen Jahrhunderten.

Das alles hat sich im Laufe der letzten hundert Jahre vollständig geändert, indem Wissenschaft und Technik auch in der Milchwirtschaft zur Geltung gekommen sind und die Verwertung der Milch nicht allein für die mannigfachen Arten der mens-chlichen Ernährung, sondern auch für sehr viele tech-nische und industrielle Zwecke möglich gemacht haben. Eigentlich konnte von einem wissenschaft-lichen System der Milchverwertung auch in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts noch keine Rede sein, wenn sich auch schon da und dort Bestrebungen zeigten, der Milchwirtschaft eine nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und Grundsätzen mehr ertragreiche Basis zu geben. Erst im Jahre 1871 war es in Deutschland Benno Martiny,

der als erster diese Bestrebungen zusammenfaßte und in seinem Werke „Die Milch, ihr Wesen und ihre Wertung“, die wissenschaftliche Grundlage für die spätere Entwicklung der Milchwirtschaft schuf. Martiny war auch der Begründer der ersten milch-wirtschaftlichen Wochenschrift, die unter dem Titel „Milchzeitung“ noch im Jahre 1912 erschien. Mar-tiny war es auch, der im Jahre 1874 die Gründung der ersten milchwirtschaftlichen Organisation ver-anlaßte, aus der sich später der „Deutsche milch-wirtschaftliche Reichsverband“ entwickelte. Es würde viel zu weit führen, die großen Verdienste dieses Mannes zu würdigen, dem die deutsche Milchwirtschaft so viel Anregungen für eine bessere und ertragreichere Verwertung der Milch verdankt. Allein die Errichtung einer milchwirtschaftlichen Organisation, die durch Herausgabe wissenschaft-licher und belehrender Schriften, durch Veranstal-tung zahlreicher milchwirtschaftlicher Ausstellungen, durch Einführung neuer Untersuchungsverfahren, neuer technischer Behelfe für die Milchverarbeitung u. v. a. m., der Milchwirtschaft die erste praktische Grundlage für die Ausnützung wissenschaftlicher Ergebnisse bereitete, war eine Tat von allergrößter Bedeutung, an der Martiny seinen großen Anteil hatte.

Ein Mann, der sich um die wissenschaftliche Be-gründung der Milchverwertung sehr bedeutende Verdienste erworben hat, war ferner Fleisch-mann, der erst im Jahre 1920 gestorben ist und noch vielen Milchfachleuten bekannt gewesen sein dürfte. Fleischmann, der in der bayerischen und österreichischen Milchverwertung große Erfahrungen gesammelt hatte, trat bereits im Jahre 1876 in den Vorstand der ersten milchwirtschaftlichen Versuchs-station in Raden (Mecklenburg-Schwerin) ein und Klärung zahlreicher Probleme, die auf dem Gebiete der Milchverwertung noch recht dunkel lagen. Im

gegenstände zusammen im Juli 1914 durch die Meßziffer 100 ausgedrückt, so war die entsprechende Meßziffer zu Beginn des Jahres 1931 153; sie sank dann auf 145 im Juni, um bis Dezember wieder auf 148 zu steigen. Die Senkung der Löhne ist durch den geringen Rückgang der Kosten der Lebenshaltung jedenfalls nicht ausgeglichen worden.

Die innere Kaufkraft des Geldes ist in der Zeit seit dem Pfundsturz im allgemeinen unverändert geblieben, weil die Menge des umlaufenden Papiergeldes noch nicht vermehrt wurde und weil das Land vorerst noch mit Auslandswaren reichlich versehen ist. Die Eigenproduktion reicht aber bei weitem nicht hin, um den gesamten Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu decken. Der Zuschußbedarf muß mit entwertetem Gelde bezahlt werden, so daß über kurz oder lang eine Steigerung der Inlandspreise unvermeidlich sein wird.

Die Arbeitskämpfe waren 1931 nicht umfangreich. In der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie wurden vier Arbeitskämpfe mit 5100 beteiligten Arbeitern gemeldet.

H. F.

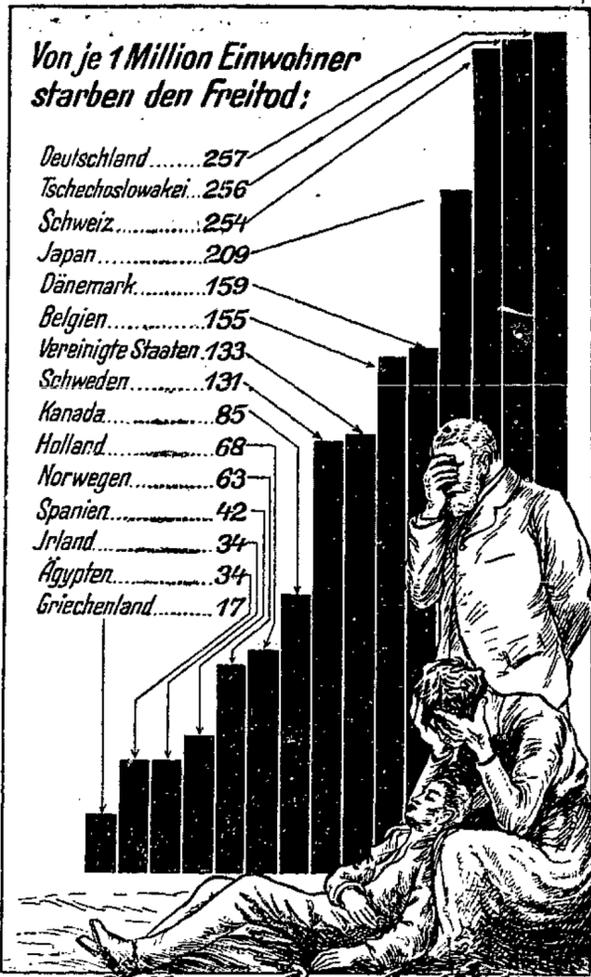
Feinde der Republik sind Feinde der Arbeiterschaft

Um die Republik und damit die Basis zu erhalten, auf der allein die Arbeiterschaft ihren Kampf um die Herbeiführung einer sozialen Demokratie durchführen kann, hat die Arbeiterschaft Opfer auf sich genommen, die kaum mehr tragbar sind. Dieser bewundernswürdigen Aufopferung ist der Erfolg nicht versagt geblieben. In dem Augenblick, in dem der Faschismus seine Hand ausstreckte, um die Macht im Staate an sich zu reißen und ein Terrorregime zu errichten, in diesem Augenblick hat die Arbeiterschaft bewiesen, daß sie die Republik zu verteidigen versteht.

Ein trauriges Zeugnis legte jener Teil der Arbeiterschaft ab, der in Verkennung der Dinge den Parolen der kommunistischen Führer gefolgt ist. Es ist nicht immer so gewesen. Als nämlich im Jahre 1922, nach der Ermordung Rathenaus, die Arbeiterschaft ein Gesetz zum Schutze der Republik forderte, standen unter dem dazu veröffentlichten Aufruf auch die Unterschriften der kommunistischen Zentralkomitee-Mitglieder Meyer und Koenen. Als das Republikenschutzgesetz dann im Reichstag verabschiedet wurde, stimmten die Kommunisten dem Gesetz zu und die kommunistische Führerin Klara Zetkin gab dazu folgende Erklärung ab:

„Einig mit der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten sind wir in der Auffassung, daß die Republik geschützt werden muß, und das, obgleich die Republik die schwarzrotgoldene, die bürgerliche ist und nicht die rote Räterepublik des Proletariats.“

Heute ist die Republik ungleich ernster bedroht als damals. Sie soll von den Faschisten beseitigt werden, und die kommunistischen Führer helfen ihnen dabei. Die kommunistischen Arbeiter müssen erkennen, daß ebenso wie damals die Republik geschützt werden muß. Es geschieht dies am besten, wenn sie die Parolen der kommunistischen Führer ablehnen, sich aber selbst einreihen in die Front der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.



Selbstmorde in der Welt.

Wirtschaftskrise und Massenelend haben die Selbstmordziffern stark anwachsen lassen; so starben im letzten Jahre durchschnittlich jeden Tag 45 Deutsche durch eigene Hand. Besonders die Zahl der Selbstmörder im Alter von 30 bis 60 Jahren, die in der Vollkraft ihres Schaffens durch eine wahnsinnige Wirtschaftsordnung aus dem Gleise geworfen waren, nahm in erschreckender Weise zu. Die meisten Selbstmörder in Deutschland starben durch Erhängen oder Gasvergiftung. Unsere Bildstatistik läßt interessante Vergleiche zwischen den Selbstmordziffern der wichtigsten Staaten zu, soweit hier amtliche Zahlen über den Freitod vorliegen. Es sind die Länder des Nordens, die in dieser traurigen Statistik, von Deutschland geführt, an der Spitze liegen, während unter den lachenden Gefilden südlicher Sonne, in Spanien, Aegypten und Griechenland, der Selbstmord ein seltener Gast ist. In der tragischen Spitzengruppe steht auch Japan, das klassische Land des Harakiri, des freiwilligen Bauchaufschlitzens, einer Todesart, die zur Charakterisierung der herrschenden Kaste im östlichen Inselreich paßt.

Gefolge dieser Gründung entstanden bald weitere Versuchsanstalten, zunächst eine in Kiel im Jahre 1877, wo Kirchner, ebenfalls ein beachtenswerter Forscher, seinen Wirkungskreis hatte. Die Errichtung von Versuchsanstalten gab zahlreichen Forschern, deren Aufzählung zu weit führen würde, die Gelegenheit, ihre wissenschaftlichen Ergebnisse praktisch zu betätigen.

Den bedeutsamen Dienst hat die Wissenschaft jedoch der Milchwirtschaft erwiesen, als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Lehre von der Bakteriologie in der Milchuntersuchung eingeführt wurde, wodurch viele Vorgänge, die in der Verarbeitung der Milch zu Butter, Käse usw. störend auftraten, geklärt und deren schädigende Wirkungen beseitigt werden konnten. Einer der ersten, der sich auf der Versuchsanstalt zu Kiel mit der bakteriologischen Untersuchung der Milch besonders beschäftigte, war Weigmann, ferner waren es Storch, von Freudenreich, Orla-Jensen und andere, die die ersten praktischen Ergebnisse dieser Lehre auf die Buttergewinnung anwendeten. Andere Forscher wiederum haben die Lehren von den Kleinlebewesen der Käseerzeugung dienstbar gemacht, so daß wir heute imstande sind, durch Zusetzung von Milchsäurebakterien oder Reinkulturen bestimmter Pilze eine bessere Rahmreife für die Buttergewinnung zu erzielen oder bestimmte Käsesorten herzustellen. Den größten Fortschritt aber bedeutete die Bakteriologie für die Milchwirtschaft, weil es dadurch erst möglich wurde, zahlreiche in der Milch vorhandene gesundheitsschädliche Keime zu vernichten und der Milch selbst, wie den aus ihr erzeugten Produkten eine größere Haltbarkeit zu sichern. Zahlreiche verderbliche Einflüsse, denen die Milch und die aus ihr bereiteten Produkte vorher ausgesetzt waren, konnten auf diese Weise unwirksam gemacht werden. Ein weiterer großer Fortschritt

für die wissenschaftliche Milchverwertung war mit der Einführung neuer Verfahren zur Fettbestimmung der Milch gegeben, mit denen sich schon Soxhlet im Jahre 1880, ferner auch Laval und andere beschäftigten, während sich erst die im Jahre 1892 von Dr. Gerber erfundene Methode in der Praxis am besten bewährt hat. Desgleichen muß in diesem Zusammenhange auf die Benützung der Kälte für die Konservierung der Milch hingewiesen werden, die man ebenfalls erst würdigen lernte, als sich ein dänischer Ingenieur im Jahre 1895 ein hierzu geeignetes Verfahren patentieren ließ. Casse, so der Name des Ingenieurs, hat zwar das Verfahren schon früher erfunden, denn W. Helm konnte bereits im Jahre 1885 auf dasselbe hinweisen, aber erst als es patentiert war, wurde es in einer Berliner Molkerei zuerst eingeführt. Das erste Patent zur Bereitung von Säuglingsmilch, nachdem Kuhmilch in die Zusammensetzung von Frauenmilch übergeführt wird, wurde 1894 dem Erfinder Gärtner erteilt. Um dieselbe Zeit 1895/96 wurde auch das Backhausssche Verfahren eingeführt, und seither sind mehrere Verfahren, die allerdings im Grundprinzip einander ähnlich sind, bekanntgeworden.

Ähnliche Umwälzungen wie die Wissenschaft hat auch die Technik auf dem Gebiete der Milchgewinnung und Verarbeitung herbeigeführt. Daß heute sogar die Kühe mit Hilfe von Maschinen gemolken werden, und daß man für die Erzeugung von Kondensmilch, von Trockenmilch, Milchezucker und sogar künstlichen Milchprodukten ganz mannigfache maschinelle Einrichtungen hat, wollen wir nur nebenbei erwähnen. Auf Einzelheiten näher einzugehen würde über den Rahmen unserer Betrachtung hinausgehen.

Der zweifellos größte technische Fortschritt auf dem Gebiete der Milchverarbeitung war die Erfindung der Milchschleuder (Zentrifuge) im Jahre 1876

Zahlen aus der Krankenversicherung

Die amtliche Statistik über die Zahlen und Ergebnisse der Krankenversicherung im Jahre 1930 ist kürzlich veröffentlicht. Da es sich um den wichtigsten Zweig unserer Sozialversicherung handelt, seien die interessantesten dieser Zahlen hier kurz wiedergegeben. Zur Durchführung der Versicherung bestanden im Berichtsjahre 7183 reichsgesetzliche Krankenkassen, und zwar:

	mit Mitgliedern
2 113 Ortskrankenkassen	13 816 000
425 Landkrankenkassen	1 947 000
3 682 Betriebskrankenkassen	3 163 000
929 Innungskrankenkassen	612 000
33 Knappschaftskassen	747 000

Hat in den letzten Jahren die Zahl der Kassenmitglieder ständig zugenommen, so ist 1930 infolge der steigenden Arbeitslosigkeit eine Verminderung der Mitglieder um rund 600 000 eingetreten. Einschließlich der Ersatzkassen waren insgesamt 21,9 Millionen gegen Krankheit versichert. Die alte Tatsache, daß sich durch einen schlechten Beschäftigungsgrad die Krankenziffer herabmindert, hat sich auch im Berichtsjahre wieder bestätigt. So war — nach einer Mitteilung der „Deutschen Krankenkasse“ — die Krankenziffer während des ganzen Jahres 1930 ungewöhnlich niedrig; der tiefste Stand wurde unter dem Einfluß der Notverordnung im September und Oktober mit drei arbeitsunfähigen Kranken auf je 100 Mitglieder erreicht. Im ganzen wurden von den reichsgesetzlichen Krankenkassen 8,7 Millionen (gegen 12,4 Millionen im Vorjahre) mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle und 236,4 (293,9) Millionen Krankheitsstage gezählt. Die durchschnittliche Krankheitsdauer ist von 23,7 auf 27,3 Tage gestiegen. Es folgt hieraus, daß die einzelnen Krankheitsfälle schwerer waren als im Vorjahre. Auf ein Kassenmitglied entfallen 11,6 Krankheitstage gegen 14,0 im Vorjahre. Gesunken ist weiter die Zahl der Sterbefälle. Gezählt wurden auf je 1000 Mitglieder 10,6 Sterbefälle. Wochenhilfefälle kamen auf je 100 Mitglieder 3,9. Die Aufwendungen für die Wochenhilfe betragen (ohne Arztkosten, Arznei und ohne Reichszuschuß) 95,3 Millionen Mark.

Die Ausgaben der Kassen sind in dem Berichtsjahre 1930 erheblich gesunken. Betragen sie im Jahre 1929 noch 2008,5 Mill. Mk., so sind sie im Jahre 1930 auf 1799,6 Mill. Mk. zurückgegangen. Der Rückgang beträgt 11,4 Proz. Auf ein Mitglied entfallen 88,46 Mk. Ausgaben, gegen 95,84 Mk. im Jahre 1929. Durch Lohnabbau, Kurzarbeit usw. sind auch die Einnahmen gesunken. Im ganzen wurden durch Beiträge 1861,3 Mill. Mk. vereinnahmt, gegen 2058,5 Mill. Mk. im Vorjahre. Auf ein Mitglied entfallen 91,49 Mk. (98,23) an Beitragseinnahmen. Da immer wieder über die angeblich hohen Verwaltungskosten der Krankenversicherung gesprochen wird, sei erwähnt, daß diese 7,7 Proz. der Gesamtausgaben betragen haben. Das Vermögen der reichsgesetzlichen Krankenkassen betrug am Schluß des Jahres 1930 insgesamt 925 800 000 Mark.

durch den Braunschweiger Ingenieur W. Lefeldt, der sich schon in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit praktischen Versuchen beschäftigte, durch Benützung der Zentrifugalkraft die Milch in Rahm und Magermilch zu scheiden. Diese Versuche waren aber erst viel später so weit gediehen, daß der Erfinder im Jahre 1877 seine erste Maschine bauen und in der städtischen Molkerei zu Kiel einführen konnte. Die Lefeldtsche Milchschleuder kam jedoch zunächst im Preise zu hoch, eine Maschine kostete etwa 1500 Mk. und auch die Konstruktion ließ noch zu wünschen übrig. Die Entrahmung von je 100 Liter Milch nahm noch eine Stunde Zeit in Anspruch und die Gefahr des Rahmverlustes in größeren Mengen war noch sehr groß. Lefeldt selbst arbeitete mit Eifer auf die Beseitigung dieser Uebelstände hin und brachte durch Verbesserungen bald eine Maschine heraus, die bei geringem Rahmverlust in einer Stunde schon viermal soviel Milch entrahmen konnte als die erste Maschine. Sehr große Verbesserungen brachte im Jahre 1879 Laval, der eine Maschine herausbrachte, bei der Rahm und Magermilch ständig an getrennten Stellen abflossen, wodurch ein ununterbrochener Betrieb der Maschine möglich wurde. De Laval, ein Schwede, brachte ferner 1886 die ersten Handzentrifugen heraus, wodurch sich die Einführung der Schleuder auch im Kleinbetrieb der Landwirtschaft ermöglichte. Ihre heutige Leistungsfähigkeit haben die Lavalschen Separatoren erst erreicht, als im Jahre 1890 das Bechtholdsheimsche Patent mit der bekannten Alfa-Vorrichtung bekannt wurde. Im Jahre 1901 gab es in Deutschland bereits 2245 Milchzentrifugen und heute finden wir diese Art Maschinen in jeder kleinen Landwirtschaft. So rasch hat sich auch dieser technische Fortschritt in der Milchwirtschaft durchgesetzt.

Karl Dopf.

Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im Februar

Die Ostersaison brachte der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie zwar eine leichte Besserung der Beschäftigungslage, jedoch wurden auch hier wieder mehr Entlassungen als Neueinstellungen vorgenommen. Ein Teil der Betriebe hat Ueberstunden zu Hilfe nehmen müssen, um die kurzfristigen Aufträge schnellstens erledigen zu können. Auf der anderen Seite wurde aber in erheblichem Umfange noch kurzgearbeitet. Die Zahl der berichtenden Betriebe betrug im Februar 194 gegenüber 180 im Vormonat. Insgesamt waren in diesen Betrieben aber nur 24 677 Personen beschäftigt gegen 26 538 im Januar. Die nachstehende Zusammenstellung zeigt, wie sich die berichtenden Betriebe und Beschäftigten auf die einzelnen Bezirke verteilen (Dresden hat nicht berichtet):

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe			
		männlich	weiblich	zus.			Überstunden	mit Kurzarbeit	m. teilw. Abm. spez. Betr.	
Dez. 1931	197	7592	20068	27660	812	4217	31	65	14	40
Jan. 1932	180	6891	18647	25538	1323	1133	8	78	13	25
Feb. 1932	194	6659	18018	24677	901	1141	28	71	11	3

Aus der Gegenüberstellung des Grades der Beschäftigung zeigt sich für Februar gleichfalls die leichte Besserung. 47 Betriebe oder 24,2 Proz. haben über einen guten Beschäftigungsgrad berichtet, in 90 Betrieben oder 46,4 Proz. war der Beschäftigungsgrad befriedigend und in 57 Betrieben oder 29,4 Proz. schlecht. In den letzten drei Monaten gestaltete sich der Beschäftigungsgrad wie folgt:

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Dezember 1931	60	10 728	76	9 760	61	7 172
	30,5%	38,8%	38,6%	35,3%	30,9%	25,9%
Januar . . 1932	26	5 229	92	12 503	62	7 806
	14,4%	20,5%	51,1%	49,0%	34,5%	30,5%
Februar . 1932	47	6 928	90	12 950	57	4 799
	24,2%	25,1%	46,4%	52,5%	29,4%	19,4%

„Psychotherapie“

Was haben z. B. Menschen gleicher Lebenslage, gleichen Strebens gegeneinander? Eigentlich — nichts! Ein jeder liebt, da das Dasein an sich schon schwer genug ist, in Frieden zu leben und gemeinsam mit Gleichen sich vorwärtszukämpfen. Wenn daher jeder in Frieden mit seinem Nächsten leben will, woher kommt dann der tägliche wütende Lärm, Haß, die kreischenden Drohungen, als wollte man sich morgen an die Gurgel fahren? Woher kommen all die täglichen Verleumdungen, Schikanen, Terrorakte, Beleidigungen, Nadelstiche, die jede ruhige Verständigung unmöglich machen? Was gibt Anlaß zu jenem gefährlichen Mißtrauen, das die Menschen verfeindet und sie immer mehr gegeneinander aufbringt? Wie kommt es, daß jedes Wort, jede Gebärde mißdeutet und mißverstanden wird, daß jeder, auch der vernünftigste Versuch dieses Uebel einzudämmen, hintertrieben wird? Hundert Mücken können das stärkste Pferd zur Verzweiflung bringen, aber ein starkes Pferd keine Mücke. In diesem Vergleich zeigt sich, wie etwas ganz Winziges große Uebel erzeugen kann.

Es gibt Menschen mit krankhaften Verlagerungen des Geistes, Typen in der menschlichen Gesellschaft, deren Daseinsaufgabe anscheinend in nichts anderem besteht als zu querulieren, zu vergiften. Was sie erzeugen, ist menschlicher Abfall. Hinzu gesellt sich der Heuchler, der „Biedermann“, der mit der rechten Seite seines Daseins segnet und mit der linken Unheil stiftet, sich über jede Niedertracht freut und dafür noch hohe Anerkennung verlangt. Hier ist sie: „Was fange ich mit einem Heuchler an, der nach dem Preis des „edlen Herzens Reinheit“ und der „emporgereift“ zur Fülle der Gemeinheit? Der Lüge und Verdrehung Wahrheit nennt, und dem die Falschheit Lebenselment? Verachtung hab' ich nur für ihn bereit!“ Keiner von diesen Typen, die an 365 Tagen im Jahre nichts anderes leisten, als ein Mosaik zusammensetzen aus Gemeinheiten und Entstellungen, Verleumdungen und Lügen, kann anders handeln. Es scheint erbliche Belastung zu sein. Es ist nicht die Arbeit etwa von mächtigen Geistern, sondern von Leuten mit niedrigen Instinkten, geistig Minderwertigen. Keiner dieser Leute kann Menschen zu einer großen Tat fortreißen. Bei den Näherzuschauenden regt sich Unwille und Verachtung, wenn sie sehen müssen, wie leere Worte und Lügen durch Wiederholungen und Wiederholungen zu unantastbaren Wahrheiten geworden sind, wie Tropfen am Tropfen an Gift verspritzt, jedes Verstehen unmöglich gemacht und dann noch Beifall erwartet wird. „Hilf nur die Menschen zu verwirren, sie zu befriedigen ist schwer.“

Tatenarme Streber, Gernegroßen, nie zu Opfern bereit, mit Phrasenschwall die Umgebung benebelnd, eine Freude an tönenden Worten entzündend, die früher niemand kannte. Die besten Leistungen der anderen werden hämisch angezweifelt. Vor fünfzig Jahren wäre man selig gewesen, die Erfolge der Gewerkschaften besessen zu haben. Die Nutznießer einer Arbeit von Generationen, die in dieser Betrachtung gezeichnet sind, nehmen sich ständig heraus, Gewerkschaftsmitglieder, deren Treue zur Gewerkschaft unerschütterlich bleibt und als Vorbild dienen sollte, mit ihrer eigenen Pflichtvergessenheit und ihrem Abseitsstehen zu beleidigen. Könnte man jedem Menschen ins Herz sehen, welch ein Schauspiel ergebe sich, welch Tragödie zugleich?

Was geschieht z. B. nicht alles unter dem Deckmantel der sogenannten „Opposition“? Unter dem Geist des „Widerspruchs“ spielen sich sogenannte „Oppositionelle“ als Verteidiger angeblich bedrohter Rechte, als Schützer auf, während sie in Wirklichkeit, nur vom Geiste des Widerspruchs beseelt, sich nie anders behaupten können, als durch Widerspruch, sei es, was es sei! Eine feindselige Einstellung kann man erzeugen, sagen wir suggerieren. Es ist leichter aufzuheizen, herabzusetzen als zu Opfern zu begeistern. Die aus dem persönlichen Temperament fließende Streitlust ist keine „Opposition“, sondern Freude an Zwietracht, Perversität.

Ob Eintracht oder Zwietracht vorherrscht, wird bestimmt durch die geistige Einstellung, ob man eine der beiden Eigenschaften für den Naturzustand hält. Gegensätze lassen sich in guten Formen austragen. Darum furchtlos und beharrlich im Kampf gegen jene Typen der menschlichen Gesellschaft, damit nicht jede Freude aneinander, gute Kameradschaft verschwindet und jedes Gefühl für gemeinsame Arbeit erstickt. G. K.

Urteil im Schultheiss-Prozess

Katzenellenbogen und Penzlin verurteilt.

Die im Oktober des vorigen Jahres aufgedeckten Schiebungen innerhalb der Verwaltung des Schultheiß-Paizenhofer-Konzerns, die in der Folge zur Anklageerhebung gegen die Generaldirektoren dieser Gesellschaft führten, wurden in der vorigen Woche durch Verurteilung der Schuldigen geahndet. Sämtliche Direktoren wurden beschuldigt, an einer Verschleierung der Bilanz mitgewirkt zu haben. Gegen Katzenellenbogen lautete die Anklage außerdem noch auf Prospektbetrug und handelsgerichtliche Untreue.

Nach dreiwöchiger Verhandlung verurteilte das Gericht die Angeklagten Katzenellenbogen und Penzlin wegen Bilanzverschleierung, und zwar Katzenellenbogen zu drei Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und Penzlin an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von einem Monat zu 20 000 Mark Geldstrafe. Von der Anklage wegen handelsrechtlicher Untreue wurde Katzenellenbogen freigesprochen. Das Verfahren wegen Prospektbetruges wurde, weil verjährt, eingestellt. Die mitangeklagten Schultheiß-Direktoren Kuhlmay, Sobernheim und Funke wurden freigesprochen.

In der Begründung des Urteils heißt es, daß die öffentliche Erregung, die der Fall Schultheiß hervorgerufen hat, bei der Urteilsfindung ebensogut auscheiden mußte, wie die zivilrechtlichen Fragen, die sich aus den Vorgängen ergeben. Wegen der Untreue, die sich daraus ergab, daß bereits beliebige Aktien auf die Eifektenkonsortium G. m. b. H. übertragen wurden, mußte Katzenellenbogen freigesprochen werden, weil dieser bei der Uebertragung der Aktien nicht damit rechnen konnte, daß diese im Kurse unter 100 Proz. sinken. Es ist deshalb nicht festzustellen gewesen, daß Katzenellenbogen zum Schaden der Gesellschaft gehandelt hat.

Wegen der Bilanzverschleierung ist Freispruch erfolgt, soweit es sich um die Stützgeschäfte handelt. Unter den Sachverständigen war keine Einigung zu erzielen darüber, ob derartige schwebende Engagements in der Bilanz aufgenommen werden können. Daß diese Vorgänge auch im Geschäftsbericht keine Erwähnung fanden, hielt das Gericht an sich nicht für richtig, war aber mit den Angeklagten einer Meinung, daß es im Interesse der Gesellschaft gelegen hätte, darüber zu schweigen.

Die Verurteilung ist erfolgt wegen nachgewiesener Bilanzverschleierung hinsichtlich der Forderungen an die zum Konzern gehörige holländische Gesellschaft Nutria. Diese Forderungen wurden wissentlich als Bankguthaben eingesetzt.

Zum Schluß der Urteilsbegründung führt das Gericht aus, daß bei der Strafzumessung zu berücksichtigen war, daß hier namhafte Führer einer der bedeutendsten deutschen Unternehmungen, die der Wirtschaft zum Vorbild gereichen sollten, Gesetzesvorschriften verletzt und, um der Bilanz ein liquideres Aussehen zu geben, gegen den Grundsatz der Bilanzwahrheit verstießen haben. Wenn es in letzter Zeit häufiger vorgekommen ist, daß deutsche Kaufleute sich vergingen und damit das Ansehen der deutschen Wirtschaft schädigten, so können die Gerichte hiergegen nicht scharf Front machen.

Deshalb sind den Angeklagten Katzenellenbogen und Penzlin mildernde Umstände versagt worden. Dem Volksempfinden entsprechend hätte das Urteil gerade deshalb noch härter ausfallen müssen. Wenn gewissenlose Personen, die vorgeben Führer der deutschen Wirtschaft zu sein, die deutsche Wirtschaft durch dunkle Machenschaften schädigen in einer Zeit, wo jeder Funken Vertrauen des Auslandes wertvoller ist als Gold, so muß dies schwer bestraft werden.

Gegen das Urteil ist vom Staatsanwalt Revision eingelegt worden.

Zwischenhandel und Preisgestaltung

Ungesunde Steigerung der Erzeugerpreise.

Die vierte Notverordnung stellt das Problem der Preisgestaltung wieder einmal in den Vordergrund der öffentlichen Debatte. Der Preisabbau ist bei Anerkennung des guten Willens der Reichsregierung sehr fraglich, wenn man die bisherigen Erfahrungen in Betracht zieht. Abgesehen davon, daß durch die Umsatzsteuererhöhung die Regierung den Preisabbau fast illusorisch gemacht hat, treten hierbei noch andere schwerwiegende Hemmnisse in Erscheinung.

Wenn nämlich den Preis der Waren des täglichen Bedarfs, und das sind hauptsächlich Agrarprodukte, betrachten, so ist die groteske Feststellung zu machen, daß der Erzeuger auf dem Lande durchschnittlich nur den dritten bis vierten Teil dessen für seine Produkte bekommt, was der Verbraucher im Laden zahlen muß. Von dem Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugung werden 75 Proz., das sind rund 7,5 Milliarden Mark, auf dem Markt umgesetzt. Nach amtlicher Feststellung steigt diese Summe durch den Zwischenhandel von 7,5 auf 25 Milliarden Mark; die Ware gelangt also erst an den Konsumenten, nachdem ihr Preis 320 Proz. über den Erzeugungswert gestiegen ist.

Da nun die Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher der einzelnen Produkte durch Art, Umfang und Kontrolle des Zwischenhandels verschieden ist, entstehen Preise, die das Fünffache und darüber des Erzeugungswertes ausmachen. Das ist zum Beispiel bei der Preisgestaltung für Fleisch und Fleisch-erzeugnisse der Fall. Hier sind es sieben Mittler, Erzeugnisse wie Makler, Aufkäufer, Viehhändler, Großviehhändler, Viehkommissionär, Engrosschlächter und Ladenschlächter, die sich zwischen Erzeuger und Verbraucher schieben. Dieser ungesunde Zustand wird nicht durch Preisabbaumaßnahmen geändert. Ausschaltung überflüssiger Zwischenhändler verbunden mit amtlicher Kontrolle ist hier erste Voraussetzung, um wirkungsvollen Preisabbau zu erreichen. Dies ist für den Arbeiterhaushalt schon deshalb notwendig, weil unter den Zahlungen für Nahrungsmittel die Kosten für Fleisch mit an erster Stelle stehen. Ähnlich wie bei Fleisch wirkt der Zwischenhandel bei Brot, Kartoffeln, Gemüse, Molkeerzeugnissen u. a.

Je niedriger das Einkommen im Arbeiterhaushalt ist, um so höher sind die Ausgaben für Nahrungsmittel im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Hieraus ergibt sich zweifelsohne die enge Verbundenheit zwischen dem Erzeuger, dem Landwirt, und dem Hauptkonsumenten, der Arbeiterschaft. Für beide Teile ist im eigenen Interesse die Bekämpfung des ungesunden Zwischenhandels unerläßlich.

E. Voigt.

Korrespondenzen

Hamburg. Kollege Fritz Fischer kann am 1. April auf eine 25jährige Dienstzeit in der Genossenschaftsbewegung zurückblicken. Bei Eröffnung der Konsumbäckerei „Eintracht“ in Essen a. d. R. übernahm er die technische Leitung als Backmeister. Durch seine fachmännischen Kenntnisse trug er wesentlich zur ständigen Zunahme der Produktion bei. Als vom Zentralverband deutscher Konsumvereine die Fachberatungsstelle für die genossenschaftlichen Bäckereibetriebe errichtet wurde, fiel 1926 die Wahl auf Kollegen Fischer als technischen Leiter. Durch seine umfassenden fachlichen Kenntnisse hat er in dieser Stelle viel Wertvolles im Aufstiege der genossenschaftlichen Brotproduktion leisten können. Selbstverständlich ist Kollege Fischer unserer Organisation treu geblieben. Als langjähriger Verbandskollege und als früher aktiv tätiger Kollege in den vordersten Reihen weiß er nur zu gut, daß auch die Leiter der Genossenschaftsbäckereien die gewerkschaftliche Organisation als ihre Interessenvertretung schützen und stärken müssen. Wir wünschen unserem Freund körperliches und geistiges Wohlbefinden noch lange Jahre.

Gewerkschaftliche Rundschau

Vertagung des Gewerkschaftskongresses. Der für den 23. März nach Berlin einberufene außerordentliche (Krisen-) Gewerkschaftskongreß des ADGB, wurde in letzter Minute auf einen noch näher zu bestimmenden Termin vertagt.

AfA-Bund und Wirtschaftskrise. In einer öffentlichen Sitzung seines Bundesausschusses am 22. März nahm der AfA-Bund zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart Stellung. Genosse Aufhäuser wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß es heute dringender denn je notwendig sei, an einem Umbau des kapitalistischen Systems mitzuarbeiten. Die Fronten seien durchaus klar, auf der einen Seite stehe der Kapitalismus, auf der anderen der Sozialismus, wobei das kapitalistische System bis in seine Grundfesten erschüttert ist. Schließlich nahm die Bundesausschusssitzung zur Frage der Arbeitsbeschaffung und Massenkaukraft, zur Bereinigung der Wirtschaft und zum Aufbau der Planwirtschaft Stellung und alle diese hier behandelten Punkte werden der Öffentlichkeit als Programm des AfA-Bundes überreicht. Vordringlich ist die Ueberwindung der Arbeitsmarktkrise und planmäßige Wirtschaftsführung, wobei die jetzt durch den AfA-Bund veröffentlichten Vorschläge in Uebereinstimmung mit dem ADGB, beschlossen wurden.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Aus dem Bericht der Reichsanstalt für die erste Märzhälfte ergibt sich, daß die Zahl der Arbeitslosen gegenüber der letzten Februarhälfte um 1000 gestiegen ist. In der gleichen Zeit des Vorjahres hat die Zahl der Arbeitslosen um rund 8000 zugenommen. Die vielfach erwartete Abnahme der Arbeitslosenziffer ist durch den Anfang März in ganz Deutschland mit starker Heftigkeit aufgetretenen Frost mit Schneefall verhindert worden. Für die zweite Märzhälfte dürfte die Abnahme ziemlich sicher sein, zumal auch der Ausgang der Präsidentenwahl sich für die Wirtschaft sicher günstig auswirken wird. Von den am 15. März von den Arbeitsämtern gezählten 6,129 Millionen Arbeitslosen werden durch die Arbeitslosenversicherung 1,736 Millionen unterstützt. Durch die Krisenfürsorge erhalten 1,717 Millionen Arbeitslose Unterstützung. In der Arbeitslosenversicherung ist eine Abnahme von rund 115 000 eingetreten, in der Krisenfürsorge hat sich die Zahl der Unterstützungsempfänger um 43 000 erhöht.

Weltkohlenförderung im Jahre 1931. Die Kohlenförderung der Welt, die im Jahre 1929 erstmalig größer war als in dem letzten Jahre vor dem Kriege, ist im Jahre 1931 weit hinter der Vorkriegsförderung zurückgeblieben. Der Rückgang setzte bereits im Jahre 1930 ein, woraus ersichtlich ist, daß allein die Weltwirtschaftskrise, verstärkt durch verschiedene politische Momente, die Ursache der verringerten Kohlenförderung ist. Genaue Zahlen liegen für die Steinkohlenförderung vor. Danach sind im Jahre 1913 insgesamt 1087 Millionen Tonnen gefördert worden. Im Jahre 1929 stieg die Förderung von Steinkohle auf 1132 Millionen Tonnen, um im Jahre 1931 auf 891 Millionen Tonnen abzusinken. In den Vereinigten Staaten als den größten Kohlenproduzenten ist die Steinkohlenförderung von 517 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 396 Millionen Tonnen im Jahre 1931 zurückgegangen. Für dieselben Jahre ist die Förderung gesunken in England von 292 Millionen Tonnen auf 223 Millionen Tonnen. In Deutschland von 140,7 auf 118,6. Trotz dieses starken Rückganges der Förderung werden gegenwärtig noch mehr Kohlen gewonnen als verbraucht. Aus diesem Grunde haben sich die Haldenbestände erheblich vermehrt. In Amerika sollen 60 bis 70 Millionen Tonnen auf Halden liegen, in England 8 bis 9 und in Deutschland allein im Ruhrgebiet 10 bis 11 Millionen Tonnen.

Erhöhte Schweine- und Fleischzölle werden verlängert. Die im Mai vorigen Jahres für eine Zwischenzeit heraufgesetzten Zölle für Schweine und Fleisch sollen voraussichtlich am Ende dieses Monats verlängert werden. Es hat also nicht den Anschein, als ob Schiele auch nur einen Schritt seiner bisherigen Zollpolitik aufgibt.

Eierverbrauch in Deutschland. Der Eierverbrauch in Deutschland hat sich gegenüber der Vorkriegszeit um 1,38 Milliarden oder 24 Stück pro Person gesteigert. Im Jahre 1930 wurden pro Kopf der deutschen Bevölkerung 129 Eier verbraucht. Im Vergleich zu ausländischen Staaten ist dies gering. In der gleichen Zeit wurden in Kanada 330 Stück, in Irland 273 Stück, in den Vereinigten Staaten 200 Stück und in Belgien 180 Stück Eier pro Kopf verbraucht. Nur zwei Drittel des deutschen Eierbedarfs wird durch inländische Produktion gedeckt, obwohl der Hühnerbestand seit 1913 von 64 auf 68 Millionen gestiegen ist.

Januarertrag der Seefischerei. Die deutsche Seefischerei konnte im Januar einen Fangertrag mit insgesamt 17 896 000 kg im Werte von 3 868 100 Mark verzeichnen. Daran war die Nordsee mit 16 025 800 kg im Werte von 3 420 100 Mark und die Ostsee mit 1 870 200 kg im Werte von 448 000 Mark beteiligt. Weiter wurden in der Nordsee 170 200 kg Schalentiere im Werte von 10 400 Mark und in der Ostsee 22 000 kg im Werte von 1100 Mark gefangen. Die Ausbeute der Fischerei im Bodensee und Rheingebiet zeitigte 3400 kg im Werte von 3800 Mark.

Genossenschaftliche Rundschau

Hinter den Kulissen. Kürzlich fand eine Tagung des Exekutivkomitees vom Internationalen Genossenschaftsbund in Straßburg i. E.

statt. Sie beschäftigte sich auch mit der Frage der Nachtarbeit in den Bäckereien; hierzu lag das Verlangen vom französischen Genossenschaftsverband vor, daß sich das Exekutivkomitee ernstlich mit dieser Frage beschäftigen müsse, um eine einheitliche Stellung der Genossenschaften dazu herbeizuführen. Dabei wurde mit aller Deutlichkeit erklärt, die Nachtarbeit müsse den Genossenschaften erlaubt werden. Es wurde auch der Widerstand der Bäckereiarbeiter gegen die Nachtarbeit erwähnt und über ihr Vorgehen aus den einzelnen Ländern berichtet.

Beschlossen wurde, an die dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossenen Landesverbände einen Fragebogen zu senden, um ihre Meinung zu dem Verbot der Nachtarbeit in Erfahrung zu bringen. Später soll dann eine speziell zu diesem Zweck einberufene Konferenz die endgültigen Beschlüsse fassen. Aus dem Fragebogen ist zu entnehmen, in welchen Staaten das Verbot der Nachtarbeit nach dem Internationalen Ueberkommen ratifiziert ist und ob irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit in den Bäckereien bestehen, wie hoch die übliche Arbeitszeit in Privat- und Genossenschaftsbetrieben ist, in welchem Verhältnis die genossenschaftliche Brotproduktion zur gesamten Brotproduktion steht, ob die Landesverbände für das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien sind und durch die Abschaffung der Nachtarbeit einen Vorteil für die Arbeitnehmer des Bäckergewerbes erblicken.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Fragen sehr harmlos zu sein. Wir kennen die Einstellung der Genossenschaften aber nur zu gut und wissen auch, was damit bezweckt werden sollte. Wir wollen den Internationalen Genossenschaftsbund nicht im Irrtum lassen, daß auch seine Aktion, wenn sie sich gegen das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit richtet, auf den schärfsten Widerstand der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterinternationale stoßen wird.

Unternehmertum

50 Jahre „Bayerische Bäckerei“. Das Innungsorgan der Bäckermeister in Bayern, „Die bayerische Bäckerei“, beging Anfang März ihr 50jähriges Bestehen. Diese Zeitung wird in der Nazidruckerei, dem Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, hergestellt. In dem Jubiläumsartikel vermischen wir die Aufzeichnungen verschiedener wichtiger Vorgänge innerhalb dieser Zeit. Somit kann auch der Chronist keinen Anspruch darauf erheben, eine den Tatsachen entsprechende Darstellung gegeben zu haben. Wir erfahren kein Wort über die bei dieser Zeitungsgründung herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Zustände in den bayerischen Bäckereibetrieben. Auch davon wird kein Wort geschrieben, wie es zuzuging, als die Münchener Bäckerinnung in den Besitz der Bäckerherberge gelangte. Wiederholt mußte sich die Münchener Bäckerinnung den Vorwurf gefallen lassen, es sei dabei nicht mit rechten Dingen zugegangen und nicht umsonst haben die damaligen Bäckergesellen als Treuhänder der Gesellschaft ihre Unterschrift zu der Umschreibung der Liegenschaften auf die Innung verweigert.

In einer Abhandlung über die technische Entwicklung und über die sozialen Zustände vor 50 Jahren wird fast nichts geschrieben. So wird auch der große Streik im Jahre 1899 unterschlagen, bei dem es in wenigen Tagen gelungen war, durch Tarifabschluß den Kost- und Logiszwang zu beseitigen und die Bargeldentlohnung einzuführen. Auch über die weiteren sozialen Kämpfe, die die Gehilfenschaft gegen die Bäckermeister durchführen mußte, wird nichts berichtet. Trotzdem hat aber die Bäckermeister-Innungszeitung in ihrem 50jährigen Bestehen sehr häufig gegen die aufwärtsstrebende Gehilfenschaft vom Leder gezogen. Erreicht hat sie nichts. Unsere Organisation ist heute ein unbezwingbarer Schutzwall aller in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie Beschäftigter.

Ein Maschinenstürmer. Im Reichsarbeitsministerium hielt Anfang Februar Herr Albrecht L. Merz, Gründer und Leiter des Werkhause und der Werkschule in Stuttgart, einen Vortrag, in dem er sich, obwohl er bestritt, Maschinenstürmer zu sein, energisch gegen die technischen Fortschritte ausließ. Er meinte, bemerkenswert ist es, daß Maschinen zur Herstellung von Zigaretten und Brot verwendet werden. Der Vortragende hat leider vergessen zu erwähnen, daß nicht die Maschinen die Menschen zu ihren Sklaven machten, sondern der Maschinenbesitzer. Dadurch, weil die Ausnutzung der technischen Errungenschaften nur allein dem Unternehmer zugute kommt und bei ihrer Anschaffung sofort Arbeitskräfte entlassen werden, mag bei dem Vortragenden die Meinung entstanden sein, Schuld an der wirtschaftlichen Verelendung sei die Maschine. Sonderbar muß es uns berühren, daß der Reichsarbeitsminister für die Veranstaltung einen Saal zur Verfügung stellte. Ist man dort schon so ratlos, daß ein Merz als Berater hinzugezogen werden muß?

Internationales

Holland. (Tarifverhandlungen im Bäckergewerbe.) Seit Anfang Januar verhandeln die Arbeitnehmer- und Unternehmerorganisationen in Amsterdam, Den Haag, Haarlem, Rotterdam und Utrecht um die Sanierung des Fünf-Städte-Vertrages.

Die Unternehmer haben einen ziemlich umfangreichen Wunschzettel vorgelegt, u. a. auch einen 15prozentigen Lohnabbau, durch den sich die Verhandlungen lange hingen, um Ende Februar ergebnislos zu verlaufen. Seit Anfang März werden die Verhandlungen lokal geführt; dadurch ist es gelungen, daß die Unternehmer ihre Lohnsenkungsforderungen bedeutend ermäßigen mußten. Darauf wurden die Verhandlungen wieder zentral weitergeführt, wobei die Gewerkschaften vor die Wahl gestellt wurden, entweder bei einer Lohnsenkung um mindestens einen Gulden pro Woche den Fünf-Städte-Tarif erneuern zu können oder bei Ablehnung einen vertraglosen Zustand zu erhalten. In den nächsten Tagen wird die Entscheidung erfolgen.

Schweiz. Ein außerordentlicher Verbandstag wird von der schweizerischen Bruderorganisation zum 24. April einberufen. In der Hauptsache wird sich die Tagung mit dem Umbau der Unterstützungseinrichtung beschäftigen. Auch an den Schweizer Verband werden in der Krisenzeit hohe Anforderungen bezüglich der Unterstützung gestellt. Der Vorstand schlägt der Tagung eine Erhöhung der Beiträge vor, um die Unterstützung aufrechtzuerhalten und um die finanzielle Schlagkraft der Organisation zu sichern.

Des weiteren wird sich die Tagung mit dem in allen Ländern um sich greifenden Lohnabbau beschäftigen. Die Organisationsleitung denkt nicht daran, die Lohnabbauwelle über die Kollegenschaft ergehen zu lassen. Sie ist gesonnen, den Kampf für die Erhaltung der Löhne zu führen. Die vorgeschlagene Beitragserhöhung bekommt daher den Charakter einer Kampfmaßnahme.

Norwegen. (Gegen die Schwarzbäckereien.) In Norwegen sind in letzter Zeit viele Hausbäckereien entstanden. Die in der Hauptsache von Frauen hergestellten Brot- und Backwaren werden in ihren Bekanntenkreisen zum Verkauf angeboten. Das Unwesen hat schon einen erheblichen Umfang angenommen. Die norwegische Bruderorganisation hat nunmehr dagegen in der Arbeiterpresse den Kampf eröffnet. Sie erklärt, die Herstellung von Backwaren ist gesetzlich geregelt und die Befugnis dazu hat nur der Inhaber eines Handwerkszeugnisses für das Bäckergewerbe. Wer ein solches Zeugnis nicht besitzt, kann auch keine Backwaren feilhalten. Es gibt bereits Hausbäckereien, die Gesellen beschäftigen, jedoch alle bestehenden Gesetze und Vorschriften für den Arbeiterschutz nicht beachten. Gegen diese Schmutzkonkurrenz hat der Verband schärfsten Kampf angesagt.

Sowjetrußland. (23 neue Brotfabriken.) In diesem Jahre sollen im Ural 23 neue Brotfabriken gebaut werden mit einer Gesamtkapazität von 1503 Tonnen Brot am Tage. Die größten Brotfabriken werden in Swerdlowsk, Magnitogorsk, Tscheljabinsk und Nischnitajil errichtet. Bestimmt hat die Sowjetregierung durch die Errichtung vieler neuer moderner Brotfabriken Gewaltiges geleistet. Gegenüber den alten Kellerbäckereien ist in der Brotproduktion ein enormer Fortschritt aufzuweisen. Durch die Verstaatlichung der Brotproduktion bzw. der genossenschaftlichen Unternehmungen bei der Brotherstellung ist zweifellos heute eine gewaltige Umstellung in den Betriebsanlagen zu verzeichnen.

Spanien. (Konflikt mit Genossenschaftsbäckereien.) Im Organ der spanischen Lebensmittelarbeiterorganisation lesen wir: „Zum Schluß wollen wir die unwürdige Haltung einer Anzahl Genossenschaften brandmarken. Völlig vergessend, zu welchem Zwecke die Genossenschaftsbewegung ins Leben gerufen wurde, haben sie beim Provinzialen Arbeitsrat den Antrag gestellt, die Arbeit in den Bäckereien morgens um 2 Uhr zu beginnen. Es ist eine wahre Schande, daß Organisationen, die ihre Mitglieder in der Arbeiterschaft werben, den Bestrebungen der Ausgebeuteten entgegenzutreten und auf diese Weise ein Regime, das zu ersetzen sie vorgeben, begünstigen. Dieses Vorgehen der Genossenschaften ist ein durchschlagender Beweis der Abwesenheit des Ideals, das einzig durch einen ungezügelter Eigennutz ersetzt worden ist.“

Anzeigen

Unserm Kollegen Heinrich Zülch zu seinem 25jährig. Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,50 Die Kollegen d. Aktien-Bierbrauerei und die Ortsgruppe Essen

Unserm Kollegen Paul Steitz zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum die besten Wünsche. [1,50 Die freigeorganierten Kolleginnen und Kollegen d. Plangschen Mühle, Düsseldorf.

Nachruf!
Am 13. Februar 1932 verschied nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege, der Maschinist Josef Wirth.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. [4,50 Die Kollegen der Brauerei Paque, St. Wendel, Bez. Saarbrücken.

Kauft Lindcar-Fahrräder

Nachruf!
Am 12. März 1932 verschied unser treuer Kollege, der Invalide

Josef Kirch
infolge eines Schlaganfalles, und am 17. März 1932 nach längerer Krankheit der Maschinist
Ernst Wüzer.
Wir werden diesen beiden langjährigen Verbandskollegen ein dauerndes Andenken bewahren. [6,90 Die Verbandskollegen d. Brauerei Neufang-Jenisch, Saarbrücken.

Frauenrecht



Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

12. Fortsetzung.

Frau Müller brach in Tränen aus, ging leise ins Zimmer, schloß das Fenster und als sie zurückkehrte, sagte sie: „Es zieht nämlich, und das war nicht gut für den gnä' Herr sein Rheumatismus.“

Dann machte sie das Bett, brachte alles ungewöhnlich sorgfältig in Ordnung, und als sie zu Schwejk in die Küche zurückkehrte, bemerkte sie tränenden Auges: „Die zwei jungen Hunde, gnä' Herr, was wir am Hof gehabt ham, sind krepirt. Und der Bernhardiner is uns weg-gelaufen, wie sie hier die Hausdurchsuchung gemacht ham.“

„Jesusmariandjosef,“ schrie Schwejk, „der kann in eine hübsche Schlamastik kommen, den wird jetzt sicher die Polizei suchen.“

„Er hat einen Herrn Polizeikommissär gebissen, wie er ihn bei der Durchsuchung unterm Bett herausgezogen hat,“ fuhr Frau Müller fort, „nämlich zuerst hat einer von den Herren gesagt, daß dort jemand unterm Bett is, so ham sie diesen Bernhardiner im Namen des Gesetzes aufgefordert, er soll herauskriechen, und wie er nicht wollt, ham sie ihn herausgezogen. Und er wollt sie verschlingen, dann is er aus der Tür geflogen und nicht mehr zurückgekommen. Mit mir ham sie auch ein Verhör gemacht, wer zu uns kommt, ob wir nicht Geld ausn Ausland kriegen, und dann ham sie Anspielungen gemacht, daß ich dumm bin, wenn ich gesagt hab, daß das Geld ausn Ausland nur selten kommt, zuletzt von diesem Herrn Direktor aus Brünn, die Anzahlung von sechzig Kronen auf die Angorakatze, die Sie in der „Národní Politika“ inseriert ham und für die Sie ihm in der Kiste von den Datteln das blinde Foxterrierjunge geschickt ham. Dann ham sie mit mir sehr freundlich gesprochen und ham mir den Portier aus dem Nachtcafé herempfohlen, damit ich mich nicht allein in der Wohnung fürcht, den nämlichen, was Sie herausgeworfen ham.“

„Ich hab halt schon ein Pech mit diesen Behörden, Frau Müller, Sie wern sehn, wie viele jetzt zu mir Hunde kaufen kommen wern“, seufzte Schwejk.

Ich weiß nicht, ob die Herren, die nach dem Umsturz das Polizeiarchiv prüften, die Posten des Geheimfonds der Staatspolizei entzifferten, wo stand: B — 40 K, F — 50 K, L — 80 K usw., aber sie haben sich entschieden geirrt, wenn sie dachten, daß B, F, L, die Anfangsbuchstaben irgendwelcher Herren waren, die für 40, 50, 80 usw. Kronen die tschechische Nation an den schwarzgelben Adler verkauften.

„B“ bedeutet Bernhardiner, „F“ Foxterrier, „L“ heißt Leonberger. Alle diese Hunde brachte Bretschneider von Schwejk zur Polizeidirektion. Es waren abscheuliche Scheusal, die nicht das geringste mit der reinen Rasse gemeinsam hatten, für die sie Schwejk Bretschneider bezeichnete.

Der Bernhardiner war eine Kreuzung aus einem nicht reinrassigen Pudel und irgendeinem Straßenkötter, der Foxterrier hatte die Ohren eines Dachshundes, die Größe eines Fleischerhundes und krumme Beine, als hätte er die englische Krankheit durchgemacht. Der Leonberger erinnerte mit dem Kopf an das haarige Maul eines Stallpintschers, hatte einen abgehackten Schweif, die Höhe eines Dachshundes und einen kahlen Hintern, wie die berühmten nackten amerikanischen Hündchen.

Dann kam der Detektiv Kalous um einen Hund zu kaufen und kehrte mit einem verstörten Biest zurück, das an eine gefleckte Hyäne mit der Mähne eines schottischen Schäferhundes gemahnte; und in den Posten des Geheimfonds erschien ein neues: D — 90 K.

Das Ungeheuer spielte die Rolle einer Dogge...

Aber auch Kalous gelang es nicht, etwas aus Schwejk herauszubekommen. Es erging ihm so wie Bretschneider. Selbst die geschicktesten politischen Gespräche leitete Schwejk auf die Behandlung der Hundeseuche bei jungen Hunden über, und die scharfsinnigst erdachten Fallen endeten damit, daß Bretschneider von Schwejk abermals ein neues, unerhört gekreuztes Scheusal wegfürte.

Und das war das Ende des berühmten Detektivs Bretschneider. Als er in seiner Wohnung bereits sieben solche Scheusaler hatte, sperrte er sich mit ihnen im Hinterzimmer ein und gab ihnen solange nichts zu freffen, bis sie ihn auffraßen.

Er war so ehrenhaft, daß er dem Aerar die Begräbniskosten ersparte.

In seinem Dienstvermerk auf der Polizeidirektion waren in der Rubrik: „Beförderung im Dienst“ folgende Worte voll Tragik eingetragen: „Aufgefressen von den eigenen Hunden.“

Als Schwejk später von dieser tragischen Begebenheit erfuhr, sagte er:

„Aber das eine möcht ich nur gern wissen, wie sie ihn beim letzten Gericht zusammensetzen wern.“

7.

Schwejk zieht in den Krieg.

Zu der Zeit, als die Wälder am Flusse Rab in Galizien das österreichische Militär über die Rab flüchten sahen und die österreichischen Divisionen unten in Serbien eine nach der andern auf die Hosen bekamen, was ihnen längst gehörte, erinnerte sich das österreichische Kriegsministerium auch Schwejks, damit er der Monarchie aus der Schlamastik helfe.

JAROSLAV HÁSEK: Die eheliche Fruchtbarkeit

Der Geburtenrückgang ist in den meisten Ländern zur Tatsache geworden. Die Bevölkerungszunahme geht viel langsamer vor sich als vor 20 oder gar 50 Jahren. Im neuesten Heft der Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve“ bringt Ernst Kahn aufschlußreiche Berechnungen von 22 Ländern. Nach der Kinderzahl geordnet steht der irische Freistaat mit 4,40 Kindern je Ehe an der Spitze. Es folgen Japan mit 4,13, Spanien mit 3,90, Italien mit 3,66, Polen mit 3,40 usw. Etwa in der Mitte bewegen sich Oesterreich mit 2,50, die Tschechoslowakei mit 2,40, Dänemark mit 2,35, die Schweiz mit 2,23, Frankreich mit 2,15, England mit 2,9. Die niedrigsten Geburtenziffern haben

Muttertag

Kein Wort so sehr zum Herzen spricht
Kein's klingt so traut wie Mutter.
Und dieses Wort birgt ein Gedicht —
Wenn Herz und Mund mit Lieb' es spricht!

Und kommt der Wonnemonat Mai
Ist der Mutter Ehrentag.
Die schönsten Blumen bringt herbei,
Daß sie so recht sich freuen mag!

Ein Blick nur in ein Mutterherz
Zeigt Güte uns und Liebe.
Ein Mutterwort heilt allen Schmerz,
Ansporn ist's, zu edlem Triebe!

Der Mutter Bildnis lebt in uns,
Es folgt uns nah und ferne.
Und ihrer Augen Glanz ist uns
Wie ein Leuchten schöner Sterne!

Drum unser Dank sei dargebracht
Der besten Frau auf Erden,
Mit Innigkeit sei ihr gedacht,
Ehre soll zuteil ihr werden!

Und wer noch eine Mutter hat,
Er darf sich glücklich nennen,
Er wehr ihr Kummer, Sorgen ab,
Das glücklich sei — ihr Muttertag!

Jakob Klauer, Köln.

Belgien mit 1,99, Deutschland mit 1,96 und die Vereinigten Staaten mit 1,88. Nach der Geburtenziffer geordnet stehen die Länder Ukraine mit 34,0, Japan mit 33,0, Polen mit 32,8, Bulgarien mit 30,1, Spanien mit 29,0 und Italien mit 26,0 je 1000 Einwohner an der Spitze. Von 22 Ländern bewegen sich 15 unter dem Durchschnitt von 23,7. Darunter die Tschechoslowakei mit 22,7, Frankreich mit 18,1, USA mit 18,9, Deutschland mit 17,5, die Schweiz mit 17,1, Oesterreich mit 16,8, England mit 16,3 und Schweden mit 15,4. Setzt man das Verhältnis der Geburten zu den Heiraten für 1913 = 100, so beträgt heute die Kinderzahl je Ehe in Japan 103,3, Frankreich 90,5, Italien 87,1, Holland 79,0, die Schweiz 68,8, Schweden 56,0 und Deutschland 53,8.

Der Rückgang der Geburtenzahl Deutschlands fällt besonders auf. Die Länder mit katholischer Bevölke-



Als man Schwejk die Verständigung brachte, daß er sich in einer Woche auf der Schützeninsel zur ärztlichen Untersuchung einfinden sollte, lag er gerade im Bett, abermals von Rheuma gepackt.

Frau Müller kochte ihm in der Küche Kaffee.

„Frau Müller,“ ertönte aus dem Zimmer die leise Stimme Schwejks, „Frau Müller, kommen Sie auf einen Moment her.“

Als die Bedienerin beim Bett stand, sagte Schwejk wiederum mit leiser Stimme: „Setzen Sie sich, Frau Müller.“

In seiner Stimme war etwas geheimnisvoll Feierliches.

Als Frau Müller sich gesetzt hatte, verkündete

zung sind neben den Japanern am fruchtbarsten. Jedenfalls ist die Abneigung gegen das Kind eine internationale Erscheinung. Der kulturelle Höhendstand einzelner Länder wird gekennzeichnet durch die Säuglingssterblichkeit. Diese war am höchsten in der Ukraine mit 15,7, es folgt Japan mit 14,2, Spanien mit 12,3, Italien mit 12; in Deutschland beträgt sie 9,6, in Holland 5,9 und in Schweden 5,7. In der Ukraine, also in dem gelobten Lande Sowjetrußlands, sterben dreimal so viel Säuglinge wie in Schweden. Der Geburtenrückgang ist zu einem internationalen Problem geworden.

„Die Frauen sind die besten Kleinarbeiter...“

In England hat eine großzügige Werbearbeit für die Arbeiterpartei eingesetzt. Die Kampagne wird unter der Parole geführt: „Eine Million neue Mitglieder — und die Macht!“

Dazu äußerte sich die vor wenigen Tagen verstorbene Genossin Marion Phillips im „Daily Herald“: „Die Frauen sind bereit. In den Frauensektionen in allen Winkeln des Landes pulsiert das Leben, sie sind voll Energie und warten nur auf den Ruf: „Los!“ Ich habe noch nie in unseren Frauensektionen einen so prächtigen Geist gefunden. Sie brennen vor Tatendrang. Nichts scheint ihnen über ihre Kräfte zu gehen... Vorigen Monat, als sich unsere Gegner wahrscheinlich dazu gratuliert haben, wie sie uns niedergeworfen haben, haben wir 18 Bezirkskonferenzen und 8 Eintagskurse mit Vorträgen und Diskussionen abgehalten... Die Frauen waren immer die besten Kleinarbeiterinnen („Canvasser“ Hausagitorinnen) für die Partei, viel bessere als Männer, und die persönlichen Agitorinnen, das sind die Leute, auf die es in dem Kampf um eine Million Mitglieder ankommt. Am Schlusse der vierzehntägigen Mitgliederwerbung werden wir in vielen Bezirken in allen Gegenden des Landes öffentliche Frauenversammlungen abhalten. Solcherart werden die regionalen Aktionen mit großen Delegiertenkonferenzen der Frauen einsetzen und mit großen öffentlichen Frauenversammlungen abgeschlossen werden...“

Das kommende Jahr wird ein Jahr harter Arbeit für uns Frauen werden, denn wir haben uns die Aufgabe gestellt, die Hälfte der stimmberechtigten Frauen für die Partei zu gewinnen und außerdem alle Achtzehn- und Mehrjährigen, die bei den nächsten Wahlen das erstmal stimmen werden. Sobald wir die neuen Mitglieder haben, planen wir, sie in das aktive Parteileben einzuführen. In jeder Sektion wird eine „Frau des Hauses“ bestellt, die die neuen Mitglieder mit einem Willkommen einführen wird.“

Wollt ihr deutschen Kolleginnen zurückstehen? Wollt ihr zusehen, wie die Arbeiterinnen von unsern Gegnern in ihre Garne gelockt werden und Helfersdienste für die Kapitalisten leisten sollen?

Zeigt auch ihr, daß ihr hinter der Energie eurer englischen Kolleginnen nicht zurückstehen wollt, sondern bereit seid, für eure Organisation zur Sicherung eurer Lebenshaltung das Beste zu leisten. Heran an die Unorganisierten! Führt sie eucrm Verband als Mitstreiterinnen zu!

Schwejk, sich im Bette aufrichtend: „Ich geh zum Militär!“

„Heilige Jungfrau,“ schrie Frau Müller auf, „was wern Sie dort machen?“

„Kämpfen,“ antwortete Schwejk mit Grabesstimme, „mit Oesterreich stehts sehr schlecht. Oben rücken sie uns schon auf Krakau und unten nach Ungarn! Wir wern gedroschen wie Korn, wohin man schaut, und drum beruft man mich ein. Ich hab Ihnen doch gestern aus der Zeitung vorgelesen, daß unser teures Vaterland düstere Wolken bedräuen.“

„Aber Sie können sich doch nicht rühren.“

„Das macht nichts, Frau Müller, ich wer im Wagerl zum Militär fahren. Sie kennen doch den Zuckerbäcker um die Ecke, der hat so ein Wagerl. Vor Jahren hat er drin seinen lahmen, bösen Großvater auf die frische Luft gefahren. Sie wern mich in diesem Wagerl zur Assentierung ziehn, Frau Müller.“

Frau Müller brach in Tränen aus: „Soll ich nicht um den Doktor laufen, gnä' Herr?“

„Niirgends wern Sie hingehn, Frau Müller, ich bin bis auf die Füße ein ganz gesundes Kanonenfutter und in einer Zeit, wo's mit Oesterreich schief geht, muß jeder Krüppel auf seinem Platz sein. Kochen Sie ruhig den Kaffee weiter.“

Und während Frau Müller verweint und aufgeregt den Kaffee seihete, sang der brave Soldat Schwejk im Bett:

„General Windischgrätz und die hohen Herren,
als die Sonne aufging, gaben die Befehle:
hop, hop, hop!

Gaben die Befehle, schrien aus voller Kehle:
Hilf uns doch, Jesus Christ, und Jungfrau Maria;
hop, hop, hop!

Fortsetzung folgt!